

Auf der Suche nach dem Ersatzmann

Die Nominierung Heinrich Lübkes für die Wahl zum Bundespräsidenten am 15. Juni 1959

Von Rudolf Morsey

Kaum ein anderes innenpolitisches Ereignis während der Kanzlerschaft Adenauers hat zeitgenössische Kommentatoren wie spätere Historiker derart intensiv beschäftigt wie die »Präsidenschaftskrise« vom Juni 1959.¹ Sie wurde dadurch ausgelöst, daß der Bundeskanzler am 4./5. Juni 1959 seine Bereitschaft zur Kandidatur für die Wahl zum Bundespräsidenten zurücknahm, die er am 7. April 1959 dem »Komitee der CDU/CSU Deutschlands zur Vorbereitung der Bundespräsidentenwahl« erklärt hatte.² Diese Kehrtwendung verursachte ein politisches Erdbeben und führte zu einem folgenschweren Prestigeverlust des inzwischen 84jährigen CDU-Vorsitzenden, obwohl sich das Wahlgremium der Unionsparteien bereits am 15. Juni 1959 auf einen neuen Präsidenschaftskandidaten einigte: Heinrich Lübke.

Die Konzentration auf Adenauers Taktieren, vor allem im Juni 1959 gegen Ludwig Erhard, und auf die Fernwirkung seines Kampfes um das Kanzleramt führten dazu, daß Lübkes Nominierung in einschlägigen Darstellungen nur beiläufig erwähnt wird.³ Ebenso knapp wie unzutreffend

1 Hans-Peter SCHWARZ hat das betreffende Kapitel seiner großen Biographie (*Adenauer. Der Staatsmann 1952-1967*, Stuttgart 1991, S. 502-526) überschrieben: »Präsidenschaftsposse«. Diese Bewertung erscheint mir problematisch, ebenso die Einschätzung, daß Adenauer mit Lübke »nichts verbindet, es sei denn Abneigung«, und daß dieser Minister ihm »zuwider« gewesen sei. Ebd., S. 505.

2 Die stenographische Niederschrift dieser Sitzung im Palais Schaumburg ist ebd., S. 1027, in Anm. 58 und 60 erwähnt. Sie befindet sich im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin (künftig zitiert: ACDP) unter der Signatur I-070-052/1. Eine Abschrift befindet sich in der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Nachlaß Konrad Adenauer, Unterlagen für Erinnerungen, Kapitel Bundespräsidentenwahl 1959. Längere Auszüge aus den Ausführungen des Bundeskanzlers bei K. ADENAUER, *Memoiren 1955-1959*, Stuttgart 1967, S. 500-508. Dort auch die Rede Gerstenmaiers, in der er die einstimmige Entscheidung zugunsten von Adenauer begründete (S. 510-512), und die anschließende Antwort des Bundeskanzlers (S. 512-514). Die stenographische Niederschrift verdient eine gesonderte Edition.

3 Vgl. H.-P. SCHWARZ (wie Anm. 1), S. 503, 505, 508; Klaus GOTTO, *Adenauer, die CDU und die Wahl des Bundespräsidenten 1959*, in: *Konrad Adenauer. Ziele und Wege*, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Mainz 1972, S. 136; Wolfgang WAGNER, *Die Bundespräsidentenwahl 1959* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 13), Mainz 1972, S. 89 f.

heißt es bei Daniel Koerfer: Am 15. Juni 1959 sei im Wahlmännnergremium der CDU/CSU »nebenbei entschieden« worden, Bundesminister Lübke als Kandidaten vorzuschlagen,⁴ ähnlich bei Henning Köhler, ohne das Datum dieser Entscheidung zu nennen: Das Wahlmännnergremium habe sich »ganz am Rande des öffentlichen Interesses« auf Lübke geeinigt.⁵

Das Gegenteil war der Fall. Seit dem 5./6. Juni 1959 beschäftigten sich nicht nur die politischen Kommentatoren ausgiebig mit der Frage, wann, wie schnell und gegebenenfalls unter welchen Schwierigkeiten es den Unionsparteien gelingen würde, einen »Ersatzmann« zu nominieren; denn der Termin für die Wahl des Bundespräsidenten, 1. Juli 1959, stand bereits seit Oktober 1958 fest.

Am 4. Juni 1959, am gleichen Tage, an dem Adenauer einigen Politikern der CDU die Rücknahme seiner Kandidatur mitteilte – die er dann am folgenden Tage offiziell bekanntgab⁶ –, lud er die mehr als 60 »Mitglieder des Gremiums der CDU/CSU zur Vorbereitung der Wahl des Bundespräsidenten« zu einer »besonders wichtigen Besprechung« zum 11. Juni 1959, 10.00 Uhr, nach Bonn ein. Als Begründung für die Wahl dieses Termins führte er an, daß Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel (Schleswig-Holstein) die Landesvorsitzenden der CDU zu einer Besprechung auf den gleichen Tag und die gleiche Stunde nach Bonn eingeladen habe.⁷ Vier Tage später teilte dann der Bundesgeschäftsführer der CDU, Konrad Kraske, den Eingeladenen mit, daß die Sitzung des »Wahlmännnergremiums« wegen der Haushaltsdebatte des Bundestags, die für den 11. Juni 1959 angesetzt war, um vier Tage verschoben werden müsse, und ergänzte: »Ein gemeinsames Mittagessen ist vorgesehen.«⁸

In den folgenden Tagen wurden in der Öffentlichkeit als Präsidentschaftskandidaten vier CDU-Abgeordnete des Bundestags diskutiert: Franz Böhm⁹, Eugen Gerstenmaier¹⁰, Heinrich Krone¹¹ und Heinrich Lübke¹². Alle vier

4 *Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer*, Stuttgart 1986, S. 347.

5 *Adenauer. Eine politische Biographie*, Frankfurt a.M. 1994, S. 1046.

6 K. ADENAUER (wie Anm. 2), S. 542-547. Bereits am 2. Juni 1959 hatte Adenauer, offensichtlich als ersten, den in Bonn weilenden Botschafter in Paris, Herbert Blankenhorn, informiert. Vgl. DERS., *Verständnis und Verständigung*, Frankfurt a.M. 1980, S. 349. Ferner D. KOERFER (wie Anm. 4), S. 314-316, 320-324.

7 ACDP, I-028-028/5.

8 Ebd.

9 MdB seit 1953, Professor für Bürgerliches-, Handels- und Wirtschaftsrecht in Frankfurt a.M. Die in Anmerkungen erwähnten Politiker werden nur mit denjenigen Funktionen aufgeführt, die sie 1959 ausübten.

10 MdB seit 1949, seit 1954 Bundestagspräsident.

11 MdB seit 1949, seit 1955 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Über ihn zuletzt: Klaus GOTTO, *Heinrich Krone (1895-1989)*, in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 7, hrsg. v. Jürgen ARETZ, Rudolf MORSEY, Anton RAUSCHER, Mainz 1994, S. 65-76.

12 Seit 1953 MdB und Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Über

waren bereits vor dem 7. April 1959 im Gespräch gewesen. Den Namen Lübkes hatte erstmals, soweit bisher bekannt, der Bonner Korrespondent der »Zeit«, Robert Strobel, in einem »Teegespräch« Adenauers am 11. Februar 1959 erwähnt, damit aber keinen Anklang gefunden (»Der kann das nicht«). Die Ablehnung galt jedoch nicht dem Politiker Lübke, sondern dem Katholiken.¹³ Neun Tage später hatte dann der CDU-MdB und Vorsitzende des CDU-Landesverbands Niedersachsen, Oberkirchenrat Adolf Cillien, Lübke in einer Sitzung des Vorstands des Evangelischen Arbeitskreises der CDU als Kandidaten vorgeschlagen.¹⁴

Die Konfessionsfrage spielte in den unionsinternen Diskussionen von Anfang an eine Rolle. Einige CDU- wie CSU-Politiker hielten es in der Hoffnung auf Adenauers baldigen Wechsel in die Villa Hammerschmidt und im Blick auf ihre eigene Ausgangsposition als potentielle Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl von 1961 für günstiger, wenn Bundespräsident und Bundeskanzler nicht der gleichen Konfession angehören würden. Unter diesem Gesichtspunkt hatte auch Adenauer zunächst nach einem »evangelischen Herrn« gesucht.¹⁵

Der Bundeskanzler machte sich offensichtlich bereits vor seiner Kehrtwendung Anfang Juni 1959 Gedanken über einen »Ersatzmann« und nahm im Alleingang Lübke – bei welcher Gelegenheit, ist bisher nicht bekannt – in die Pflicht. Am 9. Juni 1959 berichtete der Bonner Korrespondent der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, Alfred Rapp, daß in der CDU/CSU-Fraktion Lübkes Name neben dem von Gerstenmaier »mit Nachdruck genannt« werde.¹⁶

Adenauer war überrascht, als am Mittag des gleichen Tages bei einem Treffen mit Heinrich Hellwege, Hans-Joachim von Merkatz und Herbert

ihn zuletzt: Rudolf MORSEY, *Heinrich Lübke (1894-1972)*, in: *Geschichte im Westen* 9 (1994), S. 224-243.

13 Nach Informationen eines Teilnehmers. In dem Bericht eines anderen Teilnehmers an diesem »Teegespräch«, des WDR-Korrespondenten Ludwig von Danwitz, vom gleichen Tage heißt es, Adenauer habe Andeutungen fallen lassen, »daß die Spekulationen um Krone vielleicht falsch sein könnten. ... Er meinte, erst im März würde sich die CDU über einen Kandidaten einig werden. ... Es sieht so aus, als wenn er nach einem evangelischen Mann Ausschau hält, der sich nicht einer allzu starken Position erfreut.« Vgl. Hanns Jürgen KÜSTERS, *Kanzler in der Krise. Journalistenberichte über Adenauers Hintergrundgespräche zwischen Berlin-Ultimatum und Bundespräsidentenwahl 1959*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 36 (1988), S. 758.

14 Vgl. W. WAGNER (wie Anm. 3), S. 29, sowie Cilliens Äußerung am 15. Juni 1959. S. unten Anm. 61.

15 Vgl. Heinrich KRONE, Tagebuch 20. und 21. Februar 1959. ACDP, I-028-068/4; K. ADENAUER (wie Anm. 2), S. 493 (24. Februar 1959). Auch der Präsident der EWG-Kommission Walter HALLSTEIN hatte Adenauer (vermutlich am 31. Mai 1959, wo er ihn in Rhöndorf besuchte) auf Lübke hingewiesen. Vgl. DERS., *Mein Chef Adenauer*, in: *Konrad Adenauer und seine Zeit*, Bd. 1, hrsg. Dieter BLUMENWITZ u.a., Stuttgart 1976, S. 133.

16 *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (künftig: FAZ) vom 10. Juni 1959.

Schneider, Politikern der Deutschen Partei, der Letztgenannte¹⁷ unvermittelt Einwände gegen Lübke vorbrachte, die er so begründete: Der Minister habe die Deutsche Partei im letzten Landtagswahlkampf in Niedersachsen heftig attackiert. Adenauer ließ sich auf keine Diskussion ein und bezeichnete die Kandidatur Lübkes als nicht aktuell.¹⁸ Zudem waren die DP-Vertreter nicht gekommen, um eine Nominierung Lübkes zu verhindern.¹⁹ Es ging ihnen vielmehr um die Klärung der Frage, ob die vom Zerfall bedrohte DP für die Bundestagswahl von 1961 – wie für die von 1957 – wieder mit einer Wahlhilfe der CDU in Niedersachsen (»Huckepack-Verfahren«) würde rechnen können.

Immerhin wurde der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Will Rasner, noch am gleichen Tage von Journalisten gefragt, ob der Kanzler Minister Lübke brieflich – wie inzwischen in einer Agenturmeldung verbreitet worden war²⁰ – nach dessen Bereitschaft gefragt habe, eine Kandidatur anzunehmen. Rasner konnte keine Auskunft geben.²¹

Eine schriftliche Anfrage Adenauers ist bisher nicht zu belegen, auch kein Gespräch mit Lübke in diesen Wochen im Terminkalender des Bundeskanzlers verzeichnet. Vermutlich hat er seinen Landwirtschaftsminister telefonisch bedrängt, die Kandidatur anzunehmen und zumindest keine Absage erhalten.²² Lübke jedenfalls verwies in einem – bisher ebenfalls nicht datierbaren – Gespräch mit den Abteilungsleitern des Bundesministeriums

17 DP-MdB seit 1953, seit 1957 Fraktionsvorsitzender.

18 In diesem Punkt widersprechen sich Pressemeldungen. Der Bonner Korrespondent der Frankfurter Rundschau (künftig: FR), Eghard MÖBRITZ, berichtete am 9. Juni 1959, Schneider habe Bedenken gegen Lübke (»nicht tragbar«) vorgebracht und Adenauer daraufhin repliziert, daß es zwar einen Kandidaten der Union gäbe, aber keinen Namen genannt. FR vom 10. Juni 1959. Drei Tage später ergänzte MÖBRITZ, der Bundeskanzler habe den Vertretern der Deutschen Partei erklärt, daß er einen »bestimmten Mann im Auge« habe, jedoch keinen Namen genannt und die Frage verneint, ob es sich dabei um Lübke handele – dies allerdings erst, nachdem Schneider seine Bedenken gegen den Minister vorgebracht hatte. FR vom 13. Juni 1959. Nach dem Bericht des »Spiegel« vom 24. Juni 1959 hat Adenauer seine »welfischen Vasallen« mit der Versicherung entlassen: »Der Herr Lübke wird es nicht!« S. 15. Eine ähnliche Version (»Der Herr Lübke wird es bestimmt nicht«, nach der Erinnerung von Hellwege) zitiert bei Claudius SCHMIDT, *Heinrich Hellwege, ein vergessener Gründungsvater*, Stade 1991, S. 186. Dagegen vgl. Adenauers Bericht über den Anlaß der Besprechung, den er in der Sitzung am 15. Juni 1959 gab (s. unten Anm. 81).

19 So C. SCHMIDT (wie Anm. 18).

20 Vgl. C. SCHMIDT (wie Anm. 18), S. 187.

21 FAZ vom 10. Juni 1959. Rasner war CDU-MdB seit 1953, seit 1955 Parlamentarischer Geschäftsführer.

22 In der Pressekonferenz nach Lübkes Nominierung am 15. Juni 1959 erklärte Ministerpräsident von Hassel, der Bundeskanzler habe »vor einiger Zeit« bei Lübke angefragt, »ob er eine Kandidatur annehmen werde«. FAZ vom 16. Juni 1959. Die »Anfrage« kann am Rande einer Kabinettsitzung am 5. Juni 1959 erfolgt sein, der ersten nach Adenauers »Rückzug« von der Kandidatur. Die nächste Kabinettsitzung fand am 18. Juni 1959 statt.

für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten auf entsprechendes »Drängen« Adenauers, dem er »nur aus Pflichtgefühl« gefolgt sei.²³ Lübkes Staatssekretär Theodor Sonnemann ist es dann in »abendlangen Gesprächen« gelungen, die Bedenken seines Ministers, der lange gebraucht habe, »bis er sich bereit erklärte«, zu zerstreuen und vor allem die Perspektiven »zurecht zu rücken«, unter denen er sich mit Theodor Heuss verglichen habe.²⁴

Auch noch drei Tage später, am 12. Juni 1959, war Adenauer ungewöhnlich unsicher oder gab sich jedenfalls so: Vor Journalisten erläuterte er einmal mehr seine Gründe für die Rücknahme der Präsidentschaftskandidatur und teilte ihnen als Neuigkeit mit, daß das Wahlmännergremium der Unionsparteien zwar am 15. Juni 1959 zusammentreten, aber erst am folgenden Tage zu einer Entscheidung kommen werde. Sein Regiekonzept sah folgendermaßen aus:²⁵ Zunächst werde er sich zwei Stunden lang »rechtfertigen«²⁶, dann sei ein »Frühstück« vorgesehen, und zwar »nicht so sparsam wie letzthin« (wohl gemeint: am 7. April 1959), anschließend ein Spaziergang durch den Park des Palais Schaumburg, »damit sich die einzelnen Gruppen untereinander besprechen können«; das Gespräch solle dann am Nachmittag fortgesetzt, aber noch kein Beschluß gefaßt werden, um eine so wichtige Entscheidung »überschlafen zu können«. Über einen neuen Kandidaten der Union machte er keinerlei Andeutung.

Am 13. und 14. Juni 1959, übers Wochenende, nahm der Bundeskanzler an der Landesversammlung der CSU in München teil. Dort erhielt er viel Beifall, Erhard allerdings noch mehr.²⁷ In seinen Reden hat Adenauer die bevorstehende Personalentscheidung nicht angesprochen. Auf dem Rückflug nach Bonn bestand er dann jedoch nicht mehr – wie Krone notierte – »auf einem evangelischen Bundespräsidenten«.²⁸ In den Morgenzeitungen vom Montag, 15. Juni 1959, waren als Präsidentschaftskandidaten am häufigsten, in unterschiedlicher Reihenfolge, genannt: Gerstenmaier, Krone, Lübke, Böhm.

Um 10.00 Uhr begann der »Kurverein«²⁹ der Unionsparteien, der etwa

23 Friedrich STEDING, *Agrarpolitik zwischen Zwang und Freiheit. Ein Erlebnisbericht*, Prien am Chiemsee 1975, S. 75.

24 Theodor SONNEMANN, *Gestalten und Gedanken*, Stuttgart 1975, S. 143 f.

25 Nach Informationen eines Teilnehmers. Dazu vgl. den Bericht von L. von Danwitz vom 12. Juni 1959. Druck: H.J. KÜSTERS (wie Anm. 13), S. 768. Einige Details dieses Gesprächs hat Alfred RAPP einige Tage später mitgeteilt. FAZ vom 15. Juni 1959.

26 Bei einem Empfang der Bayerischen Staatsregierung am Abend des 13. Juni 1959 in München erwähnte Adenauer, daß er noch seine »Rechtfertigungsrede« für den 15. Juni 1959 vorbereiten müsse. FR vom 15. Juni 1959.

27 D. KOERFER (wie Anm. 4), S. 346 f.

28 Tagebuch KRONE, 14. Juni 1959 (wie Anm. 7).

29 Diesen Ausdruck seines Staatssekretärs Wilhelm Bleek verwandte Bundespräsident Heuss am 7. April 1959. Vgl. Theodor HEUSS, *Tagebuchbriefe 1955/1963*, hrsg. v. Eberhard PIKART, Tübingen 1970, S. 420.

zur Hälfte aus Abgeordneten des Bundestags bestand, im Palais Schaumburg mit seinen Beratungen. Über deren Verlauf lagen bisher nur knappe Zeitungsmeldungen vor. Sie beruhten im wesentlichen auf Informationen, die Ministerpräsident von Hassel in der anschließenden Pressekonferenz mitgeteilt hatte.³⁰ Etwas ausführlicher berichtete »Der Spiegel«, wobei dieser Bericht neben den üblichen Spekulationen und hämischen Kommentaren einige neue Informationen enthielt.³¹ Nunmehr erlaubt es das bisher von der Forschung übersehene Wortprotokoll dieser Sitzung, deren Ablauf im einzelnen zu verfolgen.

Dokument

Stenographische Niederschrift der 2. Sitzung des Komitees der CDU/CSU Deutschlands zur Vorbereitung der Wahl des Bundespräsidenten am Montag, dem 15. Juni 1959, zu Bonn (Palais Schaumburg)

*ACDP, VII-001-062/1. Maschinenschrift, 87 Seiten.*³²

<i>Beginn:</i>	<i>10.00 Uhr – Ende: 14.55 Uhr</i>
<i>Teilnehmer:</i>	<i>(Siehe Anwesenheitsliste)</i> ³³
<i>Tagesordnung:</i>	<i>Bundespräsidentenwahl 1959</i>
<i>Stenograph:</i>	<i>Willy Schlarb</i> ³⁴

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Meine Damen und Herren! Da eine Reihe von Persönlichkeiten anwesend ist, auf deren Anwesenheit wir Wert legen müssen, schlage ich Ihnen vor, mit der Sitzung zu beginnen. Ich möchte ein Wort voranschicken. Ich nehme an, daß wir uns in der Wiedergabe über unsere heutige Sitzung alle soviel Zurückhaltung auferlegen, wie dies nur möglich ist, weil wir sonst, wie ich fürchte, in der Presse neue Unruhen und neue Schwierigkeiten heraufbeschwören. Ich hoffe, daß es uns gelingen wird, heute wirklich zu einer Entscheidung zu kommen.³⁵

³⁰ Wiedergegeben in den Zeitungen des folgenden Tages.

³¹ 24. Juni 1959, S. 15. Die entsprechenden Passagen, soweit sie anderwärts nicht belegte Informationen enthalten, werden in späteren Anmerkungen zitiert.

³² Im Nachlaß Adenauer in der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Bad Honnef-Rhöndorf (künftig: StBKAH) befindet sich eine maschinenschriftliche Abschrift (Memoiren-Unterlagen III).

³³ Nicht überliefert. Nach dem Bericht von Alfred RAPP waren 57 »führende Repräsentanten der Unionsparteien« anwesend, sieben seien »nicht erschienen, zum Teil aus zwingenden Gründen«. FAZ vom 16. Juni 1959.

³⁴ Dieser Parlamentsstenograph des Landtags von Rheinland-Pfalz hat auch Sitzungen des Bundesvorstands der CDU protokolliert. Vgl. *Adenauer: »... um den Frieden zu gewinnen«*. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957-1961, bearb. v. Günter BUCHSTAB (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 16), Düsseldorf 1994, S. XXVI.

³⁵ Noch am 12. Juni 1959 war Adenauer davon ausgegangen, daß das Wahlgremium erst am folgenden Tage zu einer Entscheidung kommen werde (wie Anm. 25).

Ich muß aber zunächst Ihnen gegenüber eine Erklärung abgeben, warum ich – nachdem ich mich am 7. April 1959 bei Ihnen entschlossen hatte, die Kandidatur des Bundespräsidenten anzunehmen³⁶ –, nachher erklärt habe, daß ich nicht in der Lage wäre, daran festzuhalten.³⁷ Ich muß Ihnen weiter eine Erklärung darüber abgeben, warum Sie nicht die ersten gewesen sind, die von diesem meinem Entschluß Kenntnis bekommen haben; denn Sie sind ja diejenigen, die mich ersucht haben, diese Kandidatur anzunehmen.

Lassen Sie mich diese beiden Punkte – ich glaube, das vereinfacht die Sache – Ihnen zusammen darlegen.³⁸ [...]

Und nun komme ich zum Schluß. Lassen Sie sich bitte nicht irremachen durch den ganzen Spektakel, den die Sozialdemokraten angefangen haben,³⁹ und zwar ganz bewußt und gewollt, um mich zu diffamieren und zweitens, um abzulenken von den Schwierigkeiten, die sie in ihrer eigenen Partei haben durch die Vorfälle in Frankfurt, wo die jüngere Generation der Sozialdemokraten ihr Herz gezeigt hat, auch wenn jetzt der eine oder andere zurückgepfiffen wird.⁴⁰ Das bleibt! Deshalb sollten Sie sich nicht irremachen lassen.

Vielleicht interessiert Sie es noch, meine Freunde, daß von all den Zuschriften, die ich bekommen habe von mir zum Teil unbekannten Leuten – dabei wurden die gewohnheits- und gewerbsmäßigen Schreiber, die wir schon kennen und die alle vierzehn Tage mit neuen oder alten Dingen kommen, einmal aussortiert –, sich fast drei Viertel einverstanden und nur etwas über ein Viertel nicht damit einverstanden erklärt haben. Und bei einer Rundfrage, die eine auf unserem Boden stehende Zeitung im Industriegebiet veranstaltet hat, war das Ergebnis ungefähr das gleiche. Daher bitte ich Sie, meine Entschuldigung entgegenzunehmen.

Und nun möchte ich Ihnen vorschlagen, an unsere Aufgabe, die uns heute gestellt ist, mit dem entschlossenen Willen heranzugehen, heute noch zu einem positiven Ergebnis zu kommen. Darf ich fragen, ob Sie über die vergangenen Dinge noch zu sprechen wünschen? (*Zurufe*: Nein!)

36 Vgl. Anm. 2.

37 S. Anm. 6.

38 Die Gründe, die Adenauer in seinen folgenden Ausführungen darlegte (S. 2-8 der Niederschrift), sind bekannt: die anhaltenden Diskussionen um seine Nachfolge im Kanzleramt, der plötzliche Tod von J.F. Dulles (»der festeste Anker und der festeste Stützpunkt gerade für uns Deutsche«), die verdüsterte außenpolitische Situation »im Zeichen der Berlin-Krise« und der seit dem 11. Mai 1959 tagenden Deutschlandkonferenz der Außenminister der Vier Mächte in Genf (mit dem »unerfahrenen« Dulles-Nachfolger Christian Herter), die Notwendigkeit von Kontinuität in der Außenpolitik, schließlich die Bundestagswahl von 1961. Die betreffenden Passagen, ergänzt um Bedenken gegen die Eignung Erhards als Bundeskanzler – die der CDU-Vorsitzende in diesem Referat allerdings nicht ansprach –, sind referiert bei K. ADENAUER (wie Anm. 2), S. 537-545. Für die Aufnahme dieser Passagen in seine Memoiren hat Adenauer die ihm vorliegende Abschrift des Sitzungsprotokolls (s. Anm. 32) benutzt.

39 In kritischen Stellungnahmen seit dem 5. Juni 1959 sowie in der Haushaltsdebatte des Bundestags am 11. und 12. Juni 1959. Dazu vgl. H.-P. SCHWARZ (wie Anm. 1), S. 522 f.

40 Auf dem vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund im Mai 1959 veranstalteten Frankfurter Kongreß »Für Demokratie – gegen Restauration und Militarismus« waren Resolutionen gefaßt worden, die Parolen der SED enthielten. Daraufhin verschärfen sich die Auseinandersetzungen mit der SPD-Spitze. Vgl. Kurt KLOTZBACH, *Der Weg zur Staatspartei*, Berlin 1982, S. 460.

Dann können wir uns der Zukunft zuwenden. Ich darf Sie bitten, nunmehr Vorschläge zu machen, damit wir in aller Ruhe darüber diskutieren können. – Ja, einer muß anfangen, meine Herren! (*Dr. Noltenius*:⁴¹ Ich schlage Herrn Dr. Gerstenmaier vor!)

Darf ich um weitere Vorschläge bitten! Oder werden keine weiteren Vorschläge gemacht? – Meine Herren! Wollen wir es so machen, daß derjenige von Ihnen, der jemanden vorschlagen möchte, das schriftlich hierhin gibt? Augenscheinlich ist eine gewisse Hemmung vorhanden.

Dr. Fay:⁴² Mein Kreisverband in Frankfurt schlägt Herrn Professor Böhm⁴³ vor. (*Ministerpräsident von Hassel*: Ihr Kreisverband?) – Jawohl, mein Kreisverband!

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Dr. Gerstenmaier.

Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier: Meine Damen und Herren! Nicht in meiner Heimat⁴⁴ ist es so, aber ich habe gehört, in gewissen Teilen Bayerns gehört es dazu, daß, wenn eine Schöne umworben wird, sie sich, auch wenn sie noch so gerne jemanden möchte, sehr lange ziert. Und je schöner sie ist, desto mehr ziert sie sich, um dann um so entschlossener dem Werber zuzufallen.

Hier ist es genau umgekehrt. Hier gibt es nichts zu zieren, sondern ich habe nur eine einzige herzliche Bitte, nämlich die, von meiner Person abzusehen. Nehmen Sie mir bitte ab, daß ich – wie soll ich sagen – diesem Amt gegenüber den schuldigen Respekt habe; aber ich bitte Sie, von mir abzusehen; denn ich habe nicht nur gar keine persönliche Neigung, und zwar in meinem Innersten, sondern ich würde es auch für eine völlige Fehlentscheidung meiner Person halten, wenn ich auch nur kandidieren würde. Ich sage das offen, weil ich fürchte, daß dieses Gremium noch viel Zeit damit verbringt, Kandidaten vorzuschlagen, für die es keinen Zweck hat. Ich sage das ausdrücklich mit dem Bemerken, daß ich den größten Respekt vor diesem Amte habe und daß ich der Meinung bin, daß es für jeden Deutschen eine Ehre ist, wenn er für ein solches Amt auch nur in Erwägung gezogen wird. Ich habe den größten Respekt vor diesem Amt, aber man wird doch Verständnis dafür haben, daß ich jedenfalls darum bitte, von meiner Person abzusehen.⁴⁵

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Schmücker.

Schmücker:⁴⁶ Nach mehrfachen Unterhaltungen mit Herrn Dr. Gerstenmaier bedauern wir seinen Entschluß. Wir hatten gehofft, daß er doch kandidieren würde. Ich darf Ihnen im Namen mehrerer Kollegen aus der Fraktion nunmehr vorschlagen, Herrn Dr. Krone zu wählen.

41 Jules Eberhard Noltenius, seit 1954 CDU-MdB, Vorsitzender des CDU-Landesverbands Bremen und Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr in Bremen.

42 Wilhelm Fay, seit 1952 Landesvorsitzender der CDU Hessen und seit 1953 MdL Hessen.

43 S. Anm. 9.

44 Eugen Gerstenmaier (s. Anm. 10) stammte aus Kirchheim/Teck. Sein Wahlkreis war Backnang.

45 Dazu vgl. Eugen GERSTENMAIER: »Ich begehrte das Amt in keiner Weise. ... Im goldenen Käfig von der Kampfbahn entfernt zu werden – das Schicksal des Bundespräsidenten –, dazu sei ich nicht in die Politik gegangen.« *Streit und Friede hat seine Zeit*, Frankfurt a.M. 1981, S. 478. Ähnlich Eugen Gerstenmaier im Gespräch mit Johannes Groß, in: *Zeugen des Jahrhunderts*, hrsg. v. Karl B. SCHNELTING, Frankfurt a.M. 1982, S. 47 f.

46 Kurt Schmücker, CDU-MdB seit 1949, seit 1956 Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU.

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Dr. Gurk.

*Dr. Gurk:*⁴⁷ Meine Damen und Herren! Wenn der Herr Bundestagspräsident ein Nein gesprochen hat, dann bin ich der Meinung, daß wir dieses Nein noch nicht als Endstadium der Diskussion betrachten sollten. Wir haben aus wohlverwogenen Gründen von einer Diskussion über die Vergangenheit abgesehen, aber es darf bei der Entscheidung der Frage, die uns bevorsteht, nicht außer acht gelassen werden, daß die Vorgänge der letzten Zeit im Volk eine tiefgehende Wirkung gehabt haben. Ich möchte daher nicht wünschen, daß wir im Augenblick eine Wahl hätten. Im Hinblick auf diese Frage, die im Raume steht, mit der wir uns auseinandersetzen müssen, möchte ich vorschlagen, zunächst einmal, ehe wir weitere Kandidaten in Erwägung ziehen, wirklich die Frage der Kandidatur Gerstenmaiers noch einmal ernsthaft zu diskutieren. Ich hielte nach der Sachlage die Bereitschaft des Herrn Bundestagspräsidenten, das Amt des Bundespräsidenten zu übernehmen, als ein sehr wichtiges und wertvolles Zeichen, auch parteipolitisch und staatspolitisch nach außen. Ich könnte mir denken, daß gewisse konfessionelle Gesichtspunkte hier eine Rolle spielten (*Zurufe:* Nein!), daß man sagt, wenn der Bundespräsident evangelisch sei, würde damit der Weg versperrt – das nimmt mir der Herr Bundeskanzler sicher nicht übel – für einen evangelischen Bundeskanzler. Das ist aber nicht der Fall. Ich glaube, die Katholiken würden da gar keine Schwierigkeiten sehen.

Ich bin der Meinung, Herr Bundestagspräsident, Ihr Nein darf kein endgültiges sein, und ehe wir zu weiteren Kandidaten Stellung nehmen, müssen wir wirklich ernsthaft den Versuch machen, gerade in Sicht auf unsere heutige Lage, die Bundespräsidentenschaft Gerstenmaiers noch einmal in Erwägung zu ziehen.

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Dr. Krone.

Dr. Krone: Liebe Freunde! Ich muß aus guten Gründen bei meiner bisherigen Haltung bleiben und bitte Sie, von mir abzusehen.

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Blumenfeld.

*Blumenfeld:*⁴⁸ Ich möchte als weiteren Kandidaten Herrn Bundesminister Dr. Lübke vorschlagen.

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor! – (*Ministerpräsident Dr. Altmeier:*⁴⁹ Herr Bundeskanzler! Ich würde nunmehr vorschlagen, einen Gang durch den Park zu machen.) Meine Damen und Herren! Der Herr Kollege Altmeier, der ein sehr großer Taktiker ist – er ist auch der älteste Ministerpräsident hier – sagt soeben, wir sollten einen Gang durch den Park machen – das ist nicht übel –, um zwanglos über den Vorschlag zu diskutieren. Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung.*) Gut! Dann gehen wir eine halbe Stunde an die frische Luft.

(*Unterbrechung von 10.35 bis 11.15 Uhr.*)

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich denke, daß die Aussprache draußen klärend gewirkt hat, und darf nunmehr darum bitten, sich zum Wort zu melden! – Ja, meine Herren, wie bekommen wir es denn fertig, daß sich jemand zum Wort meldet? Ich kann ja mal die Namen der Anwesenden nach dem

47 Franz Gurk, seit 1951 Vorsitzender der CDU Nordbaden, seit 1952 MdL Baden-Württemberg.

48 Erik Blumenfeld, seit 1958 Landesvorsitzender der CDU in Hamburg.

49 Peter Altmeier, seit 1947 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und Landesvorsitzender der CDU.

Alphabet verlesen. Danach fangen wir an mit »Altmeier«. (*Ministerpräsident Dr. Altmeier*: Ich bin aber nicht der erste in der Liste, Herr Bundeskanzler!) – Sie sind der zweite! Herr Adorno⁵⁰ aus Württemberg ist der erste in der Liste. Er tritt aber sein Wort an Sie ab. (*Heiterkeit*.)

Ministerpräsident Dr. Altmeier: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß die Unterhaltung, die draußen geführt worden ist, doch von Vorteil war. Sicherlich hat sich im Laufe dieser Aussprache herausgestellt, daß man nur noch über zwei Namen debattiert hat. Das war der Name von Herrn Dr. Gerstenmaier, von dem wir aber vorhin gehört haben, daß er nicht will. Der andere Name war der des Herrn Lübke. Den Namen des Herrn Lübke möchte ich hiermit erneut vorschlagen.⁵¹

Ich bin der Auffassung, daß Herr Lübke in seinem Amt und in seiner Wirksamkeit über unsere Partei hinaus in weitesten Kreisen der Bevölkerung bekannt geworden ist. Ich glaube, daß unsere Freunde draußen im Lande die Kandidatur des Herrn Lübke zustimmend entgegennehmen. Ich möchte ihn also hiermit vorschlagen.

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Darf ich um weitere Wortmeldungen bitten! (*Ministerpräsident Dr. Altmeier*: Bitte nach dem Alphabet!) – Dann komme ich jetzt dran, Adenauer!

Meine verehrten Parteifreunde! Ich möchte zunächst die Frage stellen: Hat jemand von Ihnen mit Herrn Lübke gesprochen, und ist Herr Lübke bereit, die Kandidatur anzunehmen?

Bausch:⁵² Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich habe mit Herrn Lübke schon vor zwei Monaten gesprochen. Damals hat er Nein gesagt. Ich habe dann wieder in den letzten Tagen mit ihm gesprochen, und da hat er mir gesagt: Wenn Ihr gar keinen anderen findet, dann bin ich bereit, ja zu sagen. Unmißverständlich und eindeutig hat er das erklärt.

Wenn ich schon das Wort habe, Herr Bundeskanzler, dann möchte ich sagen, daß wir die Absicht hatten, Herrn Lübke vorzuschlagen.⁵³ Ich wollte allerdings vorher noch auf ein Wort der Heiligen Schrift Bezug nehmen. Dort heißt es: Eure Rede sei Ja, Ja, – Nein, Nein, und was darüber ist, ist vom Übel. – Nachdem der Herr Bundestagspräsident Nein gesagt hat, möchte ich annehmen, daß dieses Nein in diesem Sinne gesprochen worden ist. Ich habe nicht mehr die Freiheit, seinen Namen zu nennen. Nachdem die Situation sich so herausgestellt hat, möchte ich auch Herrn Dr. Lübke vorschlagen.

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Dichtel.

Dichtel:⁵⁴ Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich muß auch sagen, es ist gut gewesen, daß wir die Möglichkeit hatten, draußen in verschiedenen Gruppen über die Frage zu sprechen. Es ist eine entscheidende Frage, ob sich die Kandidaten, die genannt werden, zur Verfügung stellen oder nicht. Es hat keinen Sinn, lange

50 Eduard Adorno, Landesvorsitzender der CDU von Württemberg-Hohenzollern.

51 Nach dem Bericht des »Spiegel« (wie Anm. 31) ist Lübke »gemäß einer Absprache« zwischen Altmeier und Blumenfeld vorgeschlagen worden.

52 Paul Bausch, seit 1949 CDU-MdB. Vgl. DERS., *Lebenserinnerungen und Erkenntnisse eines schwäbischen Abgeordneten*, Korntal o.J. (1969), S. 272.

53 Offensichtlich gemeint: Der Evangelische Arbeitskreis der CDU. Vgl. Anm. 14.

54 Anton Dichtel, seit 1948 Landesvorsitzender der CDU Südbaden.

Diskussionen pro und contra zu führen, wenn der Kandidat zum Schluß doch Nein sagt.

Da man stimmungsmäßig sehr stark spüren konnte, daß Herr Gerstenmaier Chancen haben würde, haben einige Freunde mit ihm gesprochen und ihn gebeten, er möchte uns klar und eindeutig sagen, ob er sich zur Verfügung stelle oder nicht. Herr Dr. Gerstenmaier! Das Gespräch hat ergeben, daß Sie in aller Klarheit und ohne jeden Vorbehalt erklärt haben: Nein! Ich werde es nicht tun. – Ich habe Ihnen auch persönlich gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß ich eingangs den Eindruck gehabt habe, als wenn Ihre erste Ablehnung in diesem Kreise nicht endgültig sei. Aber Sie haben dann noch einmal einer Anzahl von Freunden erklärt: Nein, es kommt nicht in Frage.⁵⁵

Ferner hat Herr Dr. Krone ebenfalls in diesem Kreise abgelehnt. Es steht also jetzt zur Debatte nur noch Herr Lübke.

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Darf ich zunächst ein Wort zu Herrn Kollegen Lübke sagen.⁵⁶ Herr Lübke ist ein ausgezeichnete Landwirtschaftsminister, wenn es auch sicher andere Menschen gibt, die dieses schwierige Ministerium und alles das, was damit zusammenhängt, gut leiten könnten. Er hat sich auch gerade bei der Frage »Landwirtschaft und Europäischer Markt« ein großes Ansehen unter den Landwirtschaftsministern der sechs Länder erworben,⁵⁷ so daß man ihn schlechthin als den führenden Kopf da bezeichnet. Es spricht sehr für ihn, ich brauche nichts darüber zu sagen, daß er ein sehr vornehm wirkender Mann ist und daß er sehr gut spricht; er hat Sprachkenntnisse.⁵⁸ Es wäre für das Kabinett ein schwerer Verlust, wenn er dort ausschiede. Das, glaube ich, muß ich sagen um Herrn Lübkes willen, aber auch darum, damit nicht gesagt wird: Wir sind ihn los. – Ich würde Herrn Kollegen Lübke also sehr ungern aus dem Kabinett ausscheiden sehen. Aber das ist letzten Endes nicht das Entscheidende.⁵⁹

Es bewegt mich noch eine andere Frage, die man offen und ruhig besprechen muß, nämlich die Frage der Konfession des Herrn Lübke. Herr Lübke ist, wie Sie wissen, Katholik. Wir stehen augenblicklich naturgemäß stark unter dem Eindruck: Wir müssen mit der Sache zum Ende kommen. Ich betrachte aber alles das unter dem nach meiner Meinung für unsere gesamte Partei entscheidenden Gesichtspunkt: Werden wir die Wahlen des Jahres 1961 gewinnen? Und da möchte ich die Frage, namentlich an unsere nordeutschen Freunde, so stellen: Wenn Herr Lübke Bundespräsident

55 Noch am gleichen Tage notierte KRONE: Gerstenmaier hätte die Kandidatur angenommen, »wenn sie ihm mit großer Mehrheit angetragen worden wäre; die Bayern wollten ihn nicht, die Schleswig-Holsteiner auch nicht.« Wie Anm. 15.

56 Vermutlich an diesem Punkt der Beratungen hat Gerstenmaier »despektierlich halblaut« geäußert, »jetzt bleibe Adenauer wohl nichts anderes übrig, als auf den Lübke zurückzukommen«. Vgl. Franz MEYERS, *gez. Dr. Meyers*, Düsseldorf 1982, S. 423. Am 10. Juni 1959 hatte die FAZ (Alfred RAPP) darauf hingewiesen, daß ein Vorschlag Adenauers in der »derzeitigen Lage« seinem Kandidaten eher schaden als nützen könne.

57 Seit der Konferenz der Landwirtschaftsminister der EWG im Juli 1958 in Stresa.

58 Das traf nicht zu. Hingegen war seine Ehefrau Wilhelmine Lübke (1885-1981) außerordentlich sprachbegabt.

59 Am folgenden Tage wiederholte Adenauer das Lob Lübkes (»der unter den Landwirtschaftsministern des Europäischen Marktes ein großes Ansehen hat«), und ergänzte: »Ich glaube, daß der Entschluß, ihn zu wählen, ein wirklich guter Entschluß ist und richtig gewesen ist.« Informationsgespräch mit Flora Lewis-Gruson. ACDP, I-028-028/1.

wird, haben wir bei der Wahl folgendes Bild, der Bundespräsident ist katholisch, der Bundeskanzler ist katholisch, und der Zufall will es, daß dann auch der Bundesratspräsident katholisch ist. Ich glaube, es ist dann Herr Meyers⁶⁰ Bundesratspräsident. Dort geht es ja im Turnus rund. Aber der Zufall will es, daß dann der Bundesratspräsident auch katholisch ist.

Und nun fühle ich mich verpflichtet, namentlich an unsere Freunde in Norddeutschland die Frage zu stellen: Liefern wir damit nicht der FDP und der SPD, besonders im Norden der Bundesrepublik, den Slogan, die Propagandaformel: Da seht Ihr es, die CDU ist doch eine katholische Partei; denn der und der und der sind alle katholisch. – Wir sind nun angewiesen auf Stimmen von Männern und Frauen, die nicht zu unserer Partei gehören, die aber unsere Partei wählen. Und nun bitte ich die Herren aus Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen – ich möchte das als Norddeutschland einmal zusammenfassen – darum, uns ihre Meinung darüber zu sagen; denn das ist ein Moment, das zwar nicht entscheidend ist, aber an das wir doch auch denken und mit in Erwägung ziehen sollten, damit wir uns im Wahljahr nicht vorzuwerfen brauchen, daran hätten wir doch denken müssen.

*Cillien:*⁶¹ Meine Damen und Herren! Herr Bundeskanzler! Sie wissen, daß wir mindestens dreimal dieses Gespräch geführt haben. Wir haben uns ausnahmsweise nicht verständigt, und ich habe Ihnen vor kurzem gesagt: In einem Punkt habe ich mich durchgesetzt. Sie als Kandidat waren doch auch katholisch! (*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Und was hat man mir gesagt? Ich wäre suprakonfessionell!) – Herr Bundeskanzler! Das würde ich nicht so sagen. Ich hoffe, daß Sie ganz bewußt auch in Ihrem katholischen Glauben stehen. Solche Leute, die das nicht tun, würden wir gar nicht sonderlich schätzen.

Als wir das letzte Mal hier zusammen waren – die Freunde, die dabei waren, werden sich daran erinnern –, stand ich, bevor der Herr Bundeskanzler vorgeschlagen wurde, auf und sagte: Diese Frage darf keine entscheidende Rolle spielen.⁶² – Ich habe am Sonnabend⁶³ vor Journalisten gesprochen. Da wurde gefragt: Wird die konfessionelle Frage dabei eine Rolle spielen? – Ich habe erwidert, nach meinem Willen und nach dem Willen meiner Freunde wird sie keine Rolle spielen. Großer Beifall!

Sie wissen, daß die Gazetten ständig geschrieben haben, das dürfe keine Rolle spielen, es müsse der beste Mann gewählt werden. Ich habe Ihnen einmal, Herr Bundeskanzler, aus einem sehr bestimmten und sehr einflußreichen Kreis heraus gesagt,⁶⁴ daß auf der evangelischen Seite darüber keine Diskussion stattfände. Ihre Kandidatur ist auch ohne diesen Widerspruch aufgenommen worden.

Was die Bundestagswahl im Jahre 1961 angeht, so glaube ich, daß da ganz andere Argumente eine Rolle spielen als diese. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wir sind seit unserem Bestehen immer angegriffen worden als eine katholische Partei, ob wir nun solche oder andere Leute an der Spitze haben. Im übrigen ist die Aufzählung der katholischen

60 Franz Meyers, seit 1950 MdL, seit 1958 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen.

61 Adolf Cillien, CDU-MdB seit 1953, Vorsitzender der CDU Niedersachsen.

62 Am 7. April 1959. S. Anm. 2. Bereits in der Sitzung des Bundesvorstands am 11. März 1959 hatte Adenauer den Standpunkt vertreten, »wieder einen evangelischen Herrn zu wählen, und zwar im Hinblick auf die Bundestagswahl 1961«. Vgl. ADENAUER (wie Anm. 34), S. 345.

63 13. Juni 1959.

64 Wie Anm. 53.

Männer vielleicht etwas eindrucksvoll, aber es ist doch nicht schwerwiegend und auch nicht entscheidend, welcher Konfession nun der Bundesratspräsident angehört – (*Zuruf: Doch!*) – Nein, das glaube ich nicht. Das Volk weiß es ja nicht, außer den Fachleuten. Auch der oberste Richter spielt in dieser Hinsicht keine Rolle.⁶⁵ Ich glaube also nicht, daß das entscheidend sein wird. Selbstverständlich wird man das hier und da als Argument auffassen, aber mit diesem Argument haben wir uns immer auseinandersetzen müssen. Im übrigen ist ja der Thronpräsident der Sozialdemokraten⁶⁶ auch katholisch. Das gleiche gilt auch für Mende⁶⁷ und Dehler⁶⁸. Ich habe noch nicht gemerkt, daß darüber eine Debatte war.

Wir dürfen unter uns dieses nicht zu einer entscheidenden Frage machen: denn dann brauchen wir keine Union mehr, wenn wir diese Dinge noch immer weiter verweigern wollen, insbesondere bei so wichtigen Entscheidungen mit maßgeblichem Einfluß. Wir haben darüber zu entscheiden, ob wir einen möglichst guten Mann präsentieren. Kollege Jaeger⁶⁹ hat neulich gesagt: Wir haben eine ganze Reihe. – Es sind heute drei vorgeschlagen worden. Herr Gerstenmaier hat ausdrücklich Nein gesagt. Wir sind gewohnt, bei ihm das zu respektieren, was er sagt. Ich würde auch nicht meinen, daß man mit ihm noch lange darüber diskutieren sollte, nachdem er mir vor einigen Tagen das genau so eindeutig gesagt hat.

Aber ich bedaure, daß der Name meines Freundes Krone nicht noch einmal genannt worden ist. Der steht mindestens genau so zur Diskussion. Er hat aber ebenfalls eindeutig Nein gesagt. So wie ich ihn kenne, respektiere ich dies, und zwar vor allem aus zwei Gründen, über die ich mit ihm gesprochen habe und die er auch ganz besonders bei seiner Entscheidung in Rechnung gesetzt hat.

Ich bin derjenige gewesen, der vor Monaten als erster Herrn Lübke als Kandidaten vorgeschlagen hat.⁷⁰ Da die beiden anderen Nein gesagt haben, ist es mir erlaubt, jetzt ebenfalls für Herrn Lübke zu sprechen, sonst würde ich mir das versagen. Es darf nun nicht so sein, als wenn wir jetzt ihn, der übrig bleibt, wählen wollten, sondern wir müssen ihn wählen – falls wir uns für ihn entscheiden – als völlig in einer Reihe mit den beiden anderen stehend. Der Herr Bundeskanzler hat es schon angeführt, er ist ein durchaus populärer Mann. Die Bevölkerung von Nordrhein-Westfalen weiß am besten, was er in ihrem Lande bedeutet hat in der damals schweren und schwierigen Zeit.⁷¹ Er ist nicht nur ein Landwirtschaftsminister, sondern er ist auch ein Ernährungsminister gewesen, d.h. er hat nicht nur an seine Bauern, sondern auch an seine Verbraucher gedacht. Er hat auch mit seinen eigenen Leuten eine harte Fehde durchstehen müssen.⁷² Er hat dabei Standfestigkeit bewiesen. Er hat auch das, was bei den Deutschen oft Eindruck macht, er hat einen gewissen Vaterkomplex.⁷³ Er

65 Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts (seit 1958), Gebhard Müller.

66 Carlo Schmid, SPD-MdB seit 1949, als Kandidat der SPD am 12. Februar 1959 nominiert.

67 Erich Mende, FDP-MdB seit 1949.

68 Thomas Dehler, FDP-MdB seit 1949.

69 Richard Jaeger, CSU-MdB seit 1949, seit 1953 Vizepräsident des Bundestags.

70 Am 20. Februar 1959. Vgl. Anm. 14.

71 Als Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Nordrhein-Westfalen von Januar 1947 bis Dezember 1952.

72 Der Deutsche Bauernverband hatte nach der Bundestagswahl im Herbst 1957 vergeblich versucht, die Ernennung Lübkes als Landwirtschaftsminister im 3. Kabinett Adenauer zu verhindern.

73 Gemeint: er ist eine gewisse Vaterfigur.

wird ebenso väterlich wie Theodor Heuß vor die Menschen treten. Er wird allerdings etwas verständlicher reden, und zwar in jener Weise verständlicher, die durchaus ein Plus ist. Er hat auch eine völlig makellose politische Vergangenheit. Ich erwähne es deshalb, weil heute morgen im Rundfunk gesagt worden ist, daß alle genannten Kandidaten der CDU irgendwie im Widerstand gestanden hätten. Das können wir vor allem von Herrn Lübke sagen.⁷⁴

Persönlich habe ich nie mit ihm darüber [über eine Kandidatur] gesprochen. Ich kann keine Auskunft darüber geben, wie er augenblicklich dazu steht. Ich habe es nie genau gewußt. Aber ich halte ihn nach wie vor für einen sehr geeigneten Kandidaten und bin mit dem Herrn Bundeskanzler der Meinung, daß wir uns heute entscheiden, und zwar in großer Einmütigkeit entscheiden müssen. Natürlich müssen wir zunächst Herrn Lübke fragen. Es ist jetzt zwanzig Minuten vor Zwölf. Könnten wir nicht jetzt schon unseren Imbiß einnehmen, so daß unterdessen dieses Gespräch mit ihm geführt würde? (*Dichtel*: Noch zu früh!) – Einen Augenblick! Er muß gefragt werden. Aber vorher müßte man natürlich hier irgendwie eine Zustimmung feststellen. Das wäre für seine Entscheidung zweifellos sehr wichtig. Wenn ihm gesagt wird: Manche sind für Sie, – dann wird er es nicht tun. Aber wenn gesagt wird: Es ist der Eindruck vorhanden, daß Sie wahrscheinlich einstimmig gewählt werden, – dann würde ihm die Entscheidung viel leichter fallen. Wir können die Mittagspause benutzen – (*Zuruf*: Die Journalisten stehen vor dem Haus!) – Wir sollten nicht allzu viel Zeit verlieren. Wenn also keine weiteren Vorschläge gemacht werden, sehe ich hier die Neigung dazu, sich für Herrn Lübke zu entscheiden.

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Wenn Herr Cillien und ich nicht so gute Freunde wären, dann wäre ich über einige Sätze von ihm etwas traurig, weil und wie er das Wort »suprakonfessionell« bei mir so glossiert hat. (*Cillien*: Jawohl!) Sie müssen das richtig verstehen. Das haben Sie auch richtig verstanden. Bei dem Gespräch im kleinsten Kreise an dem Montag, wo zugegen waren die Herren von Hassel, Meyers, Krone und Höcherl⁷⁵, habe ich Herrn von Hassel darauf aufmerksam gemacht, daß ich der Auffassung sei, man müsse auf die norddeutschen Wähler Rücksicht nehmen. Und deswegen fragte ich ihn, wird nicht meine Konfession eine Rolle spielen. Und da hat er nicht das Wort »suprakonfessionell« gebraucht, aber er hat gesagt: Das fällt bei Ihnen weg. – So, glaube ich, habe ich es wohl richtig behalten.

Nun würde ich doch wünschen, daß nicht nur Sie, Herr Cillien, sich zu dieser Frage äußern, sondern auch andere Herren aus dem norddeutschen Raum, und zwar nicht etwa, weil ich annehme, daß sie nicht ihrer Überzeugung Ausdruck geben, aber Sie sind ein so treu ergebener CDU-Mann, daß Sie für eine derartige Erwägung überhaupt kein Empfinden haben. Meine Damen und Herren! Wir müssen aber eine Empfindung dafür haben und müssen auf das Jahr 1961 sehen, auch wenn von der anderen Seite des Tisches gesagt worden ist, im Jahre 1961 hätten wir andere Probleme.

74 Offensichtlich dachte Cillien an die – aus politischen Gründen erfolgte – Verhaftung des früheren Zentrumsabgeordneten des Preußischen Landtags (1932-1933) und die anschließende 20monatige Haftzeit Lübkes 1934/35 in Berlin.

75 Das Treffen mit von Hassel (Ministerpräsident von Schleswig-Holstein seit 1954), Höcherl (CSU-MdB seit 1953, seit 1957 Vorsitzender der Landesgruppe der CSU), Krone und Meyers am 6. April 1959, am Vortage der Sitzung des »Wahlmännergremiums«, hat ADENAUER als eine »Art Vorbesprechung« bezeichnet. Wie Anm. 2, S. 497. Bei dieser Gelegenheit war auch Lübke genannt worden. Vgl. W. WAGNER (wie Anm. 3), S. 29.

Ich bin auch der Auffassung, daß das konfessionelle Problem an sich keine Rolle spielen wird.⁷⁶ Aber wer nun in etwa die Stimmung kennt, die in dem von mir eben umschriebenen Raume besteht, der möchte doch gebeten sein, sich einmal zu dieser Frage zu äußern. Das scheint mir absolut notwendig zu sein, insbesondere im Blick auf die norddeutschen Wähler, die nicht zur CDU gehören, deren Stimmen wir aber brauchen. Wir sollten einmal darüber hören, wie diese Leute denken.

Ich bin nun vom Herrn Kollegen Zimmermann⁷⁷ auf folgendes aufmerksam gemacht worden. Ich hatte es mir aber auch schon notiert. Nach den letzten Feststellungen über die Zusammensetzung der Bundesversammlung⁷⁸ haben wir keine Mehrheit, sondern wir brauchen dazu die Deutsche Partei. Es wäre wohl gut, wenn wir mit der Deutschen Partei vorher eine Fühlungnahme herstellten; denn Sie wissen, je kleiner eine Partei ist – das ist menschlich und natürlich –, desto empfindlicher ist sie, wenn sie sich übergangen fühlt. Das ist um so mehr nötig, weil vor einiger Zeit die Herren Hellwege⁷⁹, von Merkat⁸⁰ und Schneider⁸¹, Bremerhaven, bei mir waren.⁸²

Die Herren hatten um das Gespräch gebeten, um sich mit mir darüber zu unterhalten, wie die Stellung der Deutschen Partei im Jahre 1961 zu uns sein würde. Ich habe ihnen gesagt, daß man zur Zeit in unserer Partei nicht gerade aufgelegt sei, darüber zu sprechen, aber ich nähme an, daß Treue um Treue gelte. Und weil sie die ganzen Jahre zu uns gehalten hätten, legten wir Wert darauf, daß sie auch im Jahre 1961 wieder dabei seien. Das ist – verzeihen Sie die Abschweifung – wohl auch richtig; denn wir können nicht davon ausgehen, daß wir im Jahre 1961 wieder die absolute Mehrheit erreichen werden. Das wollen wir erreichen, aber ob wir es erreichen, das hängt nicht nur vom Wahlgesetz, sondern von vielen anderen Dingen ab, die wir noch erleben werden.

Dann habe ich bei der Gelegenheit dem Herrn von Merkat gesagt: Herr von Merkat! Sie haben in einem Gespräch mit dem Kollegen Krone so eine Bemerkung gemacht, die dahin deutet werden könnte, als ob Sie die Frage der Abstimmung

76 In einer Besprechung von 16 führenden Unionspolitikern am 24. Februar 1959 hatte Adenauer es »für wünschenswert, wenn auch nicht entscheidend« gehalten, im Hinblick auf die Bundestagswahl 1961 einen »evangelischen Herrn zu wählen«. Gerstenmaier hingegen war dafür eingetreten, »daß ein Katholik künftig das Amt des Bundespräsidenten bekleiden müsse, damit der nachfolgende Bundeskanzler »eine faire Chance« habe«. K. ADENAUER (wie Anm. 2), S. 494. Diese Diskussion referierte Adenauer in einer Sitzung des Bundesvorstands der CDU am 11. März 1959. Vgl. Adenauer: »... um den Frieden zu gewinnen« (wie Anm. 34), S. 354, 357.

77 Friedrich Zimmermann, seit 1956 Generalsekretär der CSU, seit 1957 CSU-MdB.

78 Die bei K. ADENAUER (wie Anm. 2), S. 490 gedruckte Aufstellung über die Zahl der Delegierten in der Bundesversammlung (Stand Anfang März 1959) hatte sich durch den Ausgang der Landtagswahlen in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz am 19. April 1959 verändert. Vgl. Anm. 112. Diese Aufstellung hatte Adenauer in der in Anm. 76 erwähnten Sitzung des Bundesvorstandes am 11. März 1959 referiert (vgl. Adenauer, wie Anm. 34, S. 349) und in seinen *Memoiren 1955-1959* (wie Anm. 2, S. 490) festgehalten.

79 Heinrich Hellwege, seit 1947 Vorsitzender der DP, seit 1955 Ministerpräsident von Niedersachsen.

80 Hans-Joachim von Merkat, seit 1949 DP-MdB, seit 1955 stellvertretender DP-Vorsitzender.

81 S. Anm. 18.

82 S. Anm. 18.

bei der Wahl des Bundespräsidenten irgendwie in Verbindung brächten mit dem, was im Jahre 1961 sein würde. Ich habe ihm weiter gesagt, das hätte bei uns einen schlechten Eindruck gemacht. Es wäre mir lieb, wenn sie das nicht täten, sondern den Mann, den wir nun aufstellen, auch wählen; denn wir hätten doch all die Jahre bisher zusammengearbeitet. Darauf hat mir Herr Schneider gesagt: Das wollen wir tun, aber wir werden nicht den Herrn Lübke wählen. – Ich habe ihm dann erwidert: Wie kommen Sie dazu? – Darauf sagte er mir: Herr Lübke hat gegen die Deutsche Partei in Niedersachsen so scharfe Wahlreden gehalten, daß unsere Leute nicht dazu zu bewegen sind. – Die Herren Hellwege und von Merkatz haben sich nicht dazu geäußert, sondern sie haben geschwiegen. Und ich hatte keine Veranlassung, in diesem Augenblick die Sache zu vertiefen.

Es scheint mir also doch notwendig zu sein, nicht nur mit Herrn Lübke, sondern auch mit einigen Herren von der Deutschen Partei rechtzeitig zu sprechen; denn wir brauchen ja ihre Stimmen. Das ist also eine sehr einfache und klare Tatsache, nach der wir uns richten müssen.

*Minister Stooß:*⁸³ Ich bin dem Herrn Bundeskanzler sehr dankbar, daß er das konfessionelle Problem zur Aussprache gestellt hat. Es ist meines Erachtens nicht so, daß es nur eine Rolle spielt im Norden der Bundesrepublik. Ich möchte sagen, wir haben auch Gebiete in Süddeutschland – ich denke vor allem an unseren nordwürttembergischen Raum –, wo die Demokratische Partei sehr stark vertreten ist und wo deshalb auch diese Frage eine große Rolle spielt. Ich bin daher in der Hoffnung hierher gefahren, daß es uns gelingen möge, den Herrn Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier als Kandidaten zu gewinnen. Aber wir haben heute zur Genüge gehört, daß er dafür nicht zu haben ist. Es sind weite Kreise in unserem Lande, nicht zuletzt auch die Landtagsfraktionen, die es sehr wünschen und begrüßen würden, wenn sich Herr Dr. Gerstenmaier zur Verfügung stellte. Das ist aber nun nach alle dem, was wir gehört haben, ausgeschlossen.

Nun ist Herr Lübke genannt worden. Ich kenne den Herrn Bundesminister Lübke seit Jahren. Ich hatte die Freude, als Landesminister mit ihm zusammenarbeiten zu dürfen.⁸⁴ Ich habe ihn im Laufe der Jahre kennengelernt. Er ist zweifellos ein untadeliger Mann von der Fußsohle bis zum Scheitel. Gewiß, er hat auch in den Kreisen der Landwirtschaft schon hin und wieder Widerstand gehabt. Er konnte ihn aber jedesmal beilegen. Ich glaube sagen zu dürfen, aufs Ganze gesehen, daß er heute tatsächlich die Zustimmung der Landwirtschaft weithin hat. Ich bin nicht der Auffassung, daß es ein anderer an seiner Stelle für die Landwirtschaft besser machen könnte. Für die Bundespräsidentenschaft hat er meines Erachtens ein großes Plus, daß er nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in den Reihen der Verbraucherschaft einen großen Anklang hat, was auch seinen Niederschlag in der sozialdemokratischen Fraktion gefunden hat.

Ich möchte als Landwirt aus dem süddeutschen Raume – der, wie gesagt, die konfessionellen Einwendungen wohl zu sehen weiß – sagen, daß wir mit Herrn Lübke am ehesten diese Sache überwinden könnten; vor allen Dingen in den bauerlichen Kreisen, die sich bei uns in Württemberg, insbesondere in Nordwürttemberg, der Demokratischen Partei verschrieben haben. Ich bin der Meinung, wenn man diesen

83 Heinrich Stooß, 1946-1951 Landwirtschaftsminister in Württemberg-Baden, seit 1952 Präsident des Bauernverbands Baden-Württemberg, seit 1946 MdL.

84 Im Bundesrat bzw. in dessen Ausschuß für Agrarfragen.

Bauern und Katholiken den Bundeslandwirtschafts- und -ernährungsminister nennt, daß sie dann am ehesten Ja sagen und sich mit dieser Lösung nach der konfessionellen Seite hin abfinden werden.

Deshalb möchte ich meinerseits die Kandidatur Lübkes voll unterstützen, nachdem der Herr Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier ein entschiedenes Nein ausgesprochen hat.

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Das Wort hat Frau Dr. Rehling.

*Frau Dr. Rehling:*⁸⁵ Wenn zu der konfessionellen Seite noch etwas gesagt wird, dann möchte ich zunächst abwarten.

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Es sind noch zum Wort gemeldet: Frau Dr. Schwarzhaupt, Herr von Hassel, Herr Blumenfeld und Herr Zimmermann. Ich würde vorschlagen, daß wir dieses konfessionelle Moment möglichst schnell erledigen.

*Frau Dr. Schwarzhaupt:*⁸⁶ Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat aufgefordert, daß sich einige Norddeutsche und weniger gute CDU-Leute als Herr Cillien zum Wort melden möchten. Ich bin nun keines von beiden, sondern ich bin im Anfang dieser Gespräche der Meinung gewesen, es sei im Hinblick auf die Wahl im Jahre 1961 günstiger, einen evangelischen Kandidaten zu haben. Inzwischen ist ja sehr vieles geschehen, und es sind vielerlei Argumente in diesem ganzen Spiel gebracht worden.

Es scheint mir jetzt das Wichtigste zu sein, für dieses Amt eine Persönlichkeit zu finden, die dieses Amt ausfüllt. Und dieser Gesichtspunkt scheint mir wichtiger zu sein als der Gedanke an die Frage, wie sich die Konfessionsfrage bei der Wahl im Jahre 1961 auswirken wird. Dazu kommt folgendes: Das konfessionelle Argument wird ja zu 90 Prozent unecht in den Wahlkampf gebracht, (*Bundesminister Lemmer:*⁸⁷ Das sowieso!) und zwar von den Parteien, die auf alle Fälle gegen uns agitieren wollen. Wie wir uns hier auch entscheiden werden, irgendwie werden wir Evangelischen in der CDU in diesem Zusammenhang angegriffen werden. Schlagen wir einen katholischen Bundespräsidenten vor, dann wird uns gesagt: Da seht Ihr das Tableau von Katholiken an der Spitze der Staatsführung. – Schlagen wir einen evangelischen Präsidenten vor, der nicht ganz überzeugend das Amt ausfüllt, dann wird uns gesagt: Ihr Evangelischen habt Euch wieder einmal von den raffinierten Katholiken übertölpeln lassen; denn das ist nur geschehen, weil für einen katholischen Kanzler in der nächsten Legislaturperiode Raum gemacht werden soll. – Wir kriegen das auf jeden Fall zu hören. Es wird in jedem Falle unecht argumentiert werden.

Diejenigen Wähler, bei denen die konfessionelle Frage bei diesem Amt eine Rolle spielt und bei denen sie wichtiger ist als die Persönlichkeit, die nun dieses Amt ausfüllen soll, die kann man wohl an den Fingern abzählen. Deshalb glaube ich, daß im Vordergrund der Gedanke an die richtige und geeignete Persönlichkeit stehen muß. Ich weiß nicht, ob es richtig ist, daß wir jetzt eine Methode begonnen haben: Wer sagt Ja, und wer sagt Nein. Für eine im politischen Leben stehende Persönlichkeit muß es sehr wichtig sein, unter welchen Umständen und in welcher Situation des Staates und der Partei und damit unter welcher Mehrheit sie gedungen wird, dieses

85 Luise Rehling, CDU-MdB seit 1949.

86 Elisabeth Schwarzhaupt, CDU-MdB seit 1953, stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

87 Ernst Lemmer, CDU-MdB seit 1953, seit 1957 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen.

Amt anzunehmen. Ich bedaure es eigentlich sehr, daß Herr Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier auf diese Weise ausgeschieden ist, ehe einmal festgestellt wurde, in welchem Zusammenhang diese Bitte an ihn gerichtet worden ist. Ich persönlich glaube, daß er von den zur Verfügung stehenden Persönlichkeiten diejenige ist, die dieses Amt mit der Verantwortung zur Bildung eines Staatsbewußtseins unseres Volkes und vor allem unserer Jugend und unserer geistig führenden Schichten in den nächsten fünf oder zehn Jahren haben wird, am besten ausfüllen könnte.

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr von Hassel.

Ministerpräsident von Hassel: Zu dem, was Herr Cillien und Frau Schwarzhaupt zu der konfessionellen Frage hinsichtlich der norddeutschen Situation gesagt haben, brauche ich nichts mehr hinzuzufügen. Es hat in den Gesprächen, die wir geführt haben, eine Rolle gespielt. Aber in der Zwischenzeit ist, wie Frau Schwarzhaupt gesagt hat, vieles geschehen. Die Frage, die damals an mich gestellt wurde, war insonderheit die, ob eine Kandidatur für den Bundespräsidenten durch Sie, Herr Bundeskanzler, Schwierigkeiten in konfessioneller Hinsicht aufwerfen könnte. Und da habe ich gesagt: Bei Ihnen wird kein Mensch darüber irgendwie ein Wort verlieren. – Ansonsten habe ich den Ausführungen von Frau Schwarzhaupt zu diesem Thema für den norddeutschen Raum nichts hinzuzufügen.

Daß wir mit der Deutschen Partei sprechen müssen, halte ich für selbstverständlich. Sie begründet ihre Abneigung gegen Herrn Lübke damit, daß er im niedersächsischen Wahlkampf und, wie ich höre, auch im schleswig-holsteinischen Wahlkampf mit Härte und mit Erfolg gegen die Deutsche Partei in die Versammlungen gegangen sei.⁸⁸ Von Schleswig-Holstein aus muß ich das insofern richtigstellen, als er dort während des letzten Wahlkampfes überhaupt nur zwei Veranstaltungen bestritten hat. Im übrigen sollte doch die Deutsche Partei, gerade weil Herr Lübke ihr so zugesetzt hat, ihn wählen; denn dann kann er ja nicht mehr in die Wahlkämpfe eingreifen.

Herr Bundeskanzler! Ich bitte aber, daß diejenigen Herren, die nachher mit der Deutschen Partei sprechen, das Thema nicht auf die Wahl im Jahre 1961 abstellen. Sie werden im norddeutschen Raume Schiffbruch erleiden, wenn versucht werden sollte, um des Bundespräsidenten willen für 1961 unsere eigene Auffassung zu verlassen; denn wir werden nachher wahrscheinlich einen ganz besonders großen Ärger bekommen. Es gibt andere Möglichkeiten, mit der Deutschen Partei in Ruhe das Thema des 1. Julis zu erörtern, ohne daß wir die kommende Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf die Bundestagswahl im Jahre 1961, präjudizieren.

Es ist eigentlich überflüssig, darüber zu sprechen, aber es ist einmal der Name des Herrn von Merkat als Kandidat des Bundespräsidenten in die Debatte geworfen worden. Das geht aus den Gazetten hervor. Ich darf bitten, daß dieser Name bei dem Gespräch mit der Deutschen Partei völlig außer acht gelassen wird.

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Meine Damen und Herren! Damit kein Mißverständnis aufkommt oder vorliegt, darf ich sagen, die drei Herren von der Deutschen Partei waren bei mir, um mit mir nicht über die Bundespräsidentenwahl, sondern über die Wahl im Jahre 1961 zu sprechen. Ich habe dann dem Herrn von Merkat gesagt, daß er in einem Gespräch – wenn ich nicht irrte – mit Herrn Dr. Krone dieses Thema angeschnitten hätte, und daß ich das von seiner Seite aus für falsch hielte. Das habe ich gesagt. Von Reden in Schleswig-Holstein ist überhaupt keine Rede

⁸⁸ Die Landtagswahl in Niedersachsen hatte am 19. April 1959, die in Schleswig-Holstein am 28. September 1958 stattgefunden.

gewesen. Und da warf Herr Schneider dazwischen: Wir werden den wählen, den die CDU/CSU vorschlägt, aber Herrn Lübke – den ich gar nicht erwähnt hatte – können wir nicht wählen. – Darauf habe ich gefragt: Warum können Sie ihn nicht wählen? – Und dann gab er als Begründung an, das machten ihre Leute nicht mit wegen dieser Wahlreden. Die beiden anderen Herren von Merkatz und Hellwege hielten sich völlig da heraus und haben nichts dazu gesagt.

Das Wort hat Herr Blumenfeld.

Blumenfeld: Ich habe mich zum Wort gemeldet, Herr Bundeskanzler, nicht nur weil Sie in der Blickrichtung auf die weniger zuverlässigen CDU-Leute die norddeutschen Landesvorsitzenden angesprochen haben, sondern auch deswegen, weil ich mir heute Vormittag erlaubt habe, den Namen des Herrn Lübke als Kandidaten vorzuschlagen. Ich habe ihn vorgeschlagen auf Grund von Gesprächen, die nicht erst seit einigen Stunden im Kreise von Freunden des norddeutschen Raumes geführt worden sind, sondern weil wir schon in diesem Frühjahr die Kandidatur des Herrn Lübke in Erwägung gezogen haben.

Zu dem, was Frau Schwarzhaupt und die Herren Cillien und von Hassel bezüglich der konfessionellen Gesichtspunkte gesagt haben, brauche ich nichts hinzuzufügen. Für Hamburg kann ich erklären, daß konfessionelle Gesichtspunkte hinsichtlich des Kandidaten, den die CDU/CSU zu präsentieren hat, weder im Frühjahr noch erst recht heute in der gegebenen Situation überhaupt eine Rolle gespielt haben oder spielen. Ich glaube aber, daß gerade der Herr Bundesminister Lübke eine Persönlichkeit ist, die nach allem, was geschehen ist – das dürfen wir letzten Endes nicht außer acht lassen –, am ehesten die Würdigung im Volke erreichen und finden wird, die wir nun einmal von einer solchen Kandidatur erhoffen, nachdem wir gehört haben, daß unsere Freunde Gerstenmaier und Krone nicht bereit sind, für dieses Amt zu kandidieren.

Ich bin der Auffassung, daß es sehr wesentlich darauf ankommen wird, daß die CDU/CSU nunmehr durch die Präsentation ihres Kandidaten in der Meinung der Öffentlichkeit die Eigenständigkeit und in gewissem Sinne auch die Glaubwürdigkeit, die sie bisher hat, bestätigt bekommt oder wiedergewinnt. Ich glaube, daß gerade Herr Lübke eine solche Persönlichkeit ist, und daß er das Amt mit der Würde – die ja das Amt kraft Verfassung hat –, aber auch mit dem eigenen Willen – den schon sein Vorgänger gezeigt hat – ausfüllen wird.

Herr Bundeskanzler! Ich kann Ihnen – wie ich schon im Garten sagte – nicht folgen, wenn Sie die Kandidatur des Bundespräsidenten heute und in den nächsten Tagen in Ihren Überlegungen so stark mit der Wahl des Jahres 1961 verknüpfen. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Ich kann Ihnen da nicht folgen. Die Wahl des Jahres 1961 wird gewonnen werden, Herr Bundeskanzler, wenn wir das erzielen, was wir mit Ihrer Kandidatur erreichen wollten, nämlich in den nächsten beiden Jahren die Kontinuität unserer Politik fortzusetzen.

Mir ist es als loyalen Parteimann viel sorgenvoller ums Herz, Herr Bundeskanzler, wenn ich an unsere Freunde in Bremen und Württemberg denke, die in den nächsten Monaten in einen Wahlkampf gehen, die also sehr viel schwerer zu arbeiten haben als wir als Bundespartei im Jahre 1961.

Herr Bundeskanzler! Für uns kommt es darauf an, im Jahre 1961 als Christlich Demokratische Union und als Christlich Soziale Union in den Kampf zu gehen, und daß wir nicht durch eine uns ungünstig gesonnene Presse und öffentliche Meinung als eine Adenauer-Partei abgestempelt werden, die nur ihrem großen Kanzler folgt, sondern daß wir die Kontinuität, die wir mit Ihrer Kandidatur glaubten erreichen zu

können – (*Bundeskanzler Dr. Adenauer*: Entschuldigen Sie mal, Herr Blumenfeld, da gehen Leute vor dem Fenster auf und ab.) – Das können nur Journalisten sein. (*Bundeskanzler Dr. Adenauer*: Nein, schauen Sie bitte mal nach!)

Die Kontinuität unserer Politik, Herr Bundeskanzler, die wir im Politischen als Partei, als Fraktion und in den einzelnen Landesverbänden erreichen müssen, muß unser Gesichtspunkt für die Wahl im Jahre 1961 sein. Ich bitte aber dringend, diese Überlegungen nicht mit der Kandidatur zum Bundespräsidenten zu verknüpfen.

Noch ein letztes, Herr Bundeskanzler, weil Sie diesen Gedanken in die Debatte gebracht haben! Ich finde es in der heutigen Situation einfach einer großen und die Regierungsverantwortung seit Anbeginn tragenden Partei nicht für würdig, wenn wir uns bei der Auswahl unseres Kandidaten vorher der Zustimmung einer kleinen Koalitionspartei vergewissern. (*Zuruf*: Ist aber nötig!) Selbstverständlich werden wir mit unserem Koalitionspartner Deutsche Partei rechtzeitig sprechen und sie in Kenntnis setzen müssen von der Wahl, die wir getroffen haben, aber vorher mit ihnen zu sprechen und sich mit ihnen abzustimmen, halte ich nicht für zweckmäßig und nicht würdig unserer Partei.

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Ich muß nochmals in die Debatte eingreifen auf Grund der Ausführungen, die Sie, Herr Blumenfeld, gemacht haben, aus denen offenbar an zwei Stellen eine gewisse Mißstimmung hervorging. Diese Mißstimmung beruht auf beiden Seiten, auch bei mir, nämlich eine Mißstimmung gegen die Hamburger Partei. (*Blumenfeld*: Das ist gesund!) Darüber wollen wir in diesem Kreise nicht sprechen, aber wir werden darüber sprechen – das habe ich mir schon lange vorgenommen – in der nächsten Bundesvorstandssitzung, und zwar über die Verhältnisse in Hamburg.⁸⁹ Darüber muß noch gesprochen werden.

Im übrigen möchte ich noch das eine sagen: Es sieht fast so aus, als ob ich Herrn Lübke nicht wollte! Ich sage Ihnen hiermit als Bundeskanzler, daß ich davon überzeugt bin, daß Herr Lübke als Bundespräsident und ich als Bundeskanzler ausgezeichnet zusammenarbeiten werden. Nach der Seite hin besteht auch nicht das geringste Bedenken. Aber auf der anderen Seite halte ich es als Vorsitzender der Partei doch für nötig, auch etwas weiter zu sehen als nur für die nächsten vierzehn Tage, und ich möchte auf Möglichkeiten aufmerksam machen. Ich habe mit Herrn von Hassel über diese Dinge schon früher gesprochen. Da hat mir Herr von Hassel gesagt, es ist nicht nötig, Rücksicht zu nehmen. Er hat mir dann aber später aus freien Stücken erklärt: Ich habe es mir überlegt, wir müssen doch darauf Rücksicht nehmen. – Er sagt jetzt – was ich verstehe, Herr von Hassel, es ist auch kein Vorwurf gegen Sie –, wie sich die Dinge entwickelt haben, müssen wir das große Ziel im Auge behalten, nämlich möglichst schnell einen Mann als Kandidaten zu nominieren, der eine große Zustimmung haben wird. Ich sage das nun nicht, um Ihnen den Vorwurf zu machen, Sie schwankten, sondern ich sage das gegenüber den Ausführungen des Herrn Blumenfeld.

Nun komme ich zu der Frage der Deutschen Partei. Herr Blumenfeld hat gesagt, es sei unserer Partei nicht würdig, um deren Zustimmung zu bitten. Wer hat denn von Zustimmung geredet? Tatsache ist doch, daß wir die Stimmen der Deutschen Partei haben müssen. Das muß ich dann doch in einem Gespräch mit ihnen zu erreichen versuchen! Soll ich das vielleicht nicht tun? Das ist in meinen Augen eine sehr

⁸⁹ Die nächste Sitzung des Bundesvorstands der CDU fand am 16. September 1959 statt. Vgl. *Adenauer*: »... um den Frieden zu gewinnen« (wie Anm. 34), S. 384 ff.

schlechte Politik. Richtig ist es doch – und nach meiner Meinung auch unserer Partei würdig –, wenn wir auf die Stimmen einer noch so kleinen Partei angewiesen sind, daß wir eben mit dieser kleinen Partei Fühlung aufnehmen und versuchen, diese Stimmen für uns zu gewinnen. Das ist doch eine absolute Notwendigkeit. (*Zurufe: Sehr richtig!*)

Ich möchte nun zwischendurch einen Vorschlag zum Ablauf der Sitzung machen, damit wir die Journalisten vom Halse wegstreichen. Ich schlage vor, ihnen zu sagen, die Sitzung würde mindestens bis vier Uhr dauern; sie verzögere sich in großer Ruhe und Einigkeit. Das können Sie jetzt schon mitteilen. Es würde aber auch noch über andere Sachen gesprochen. Sie möchten um vier Uhr wiederkommen. Dann haben wir in der Zwischenzeit die Möglichkeit, auch mit Herrn Lübke zu sprechen und eventuell mit der Deutschen Partei Fühlung aufzunehmen. Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung. – Zuruf: Es sind Leute vor dem Hause.*) – Das sind die Gärtner, die sind echt, die kenne ich! (*Heiterkeit.*) Sagen Sie ihnen, sie möchten bitte im hinteren Garten arbeiten. Aber die Journalisten, die draußen warten, die müssen wir zunächst einmal weghaben.

Das Wort hat Herr Zimmermann.

Dr. Zimmermann: Weder die konfessionelle Frage noch die Frage der Deutschen Partei sind sehr gravierende Dinge. Beides halten wir nicht für so hervorragend, wenn auch die Frage der Deutschen Partei nach meiner Auffassung gewisse Schwierigkeiten machen wird. Es ist sicher, daß wir mit ihnen reden müssen, wenn der Vorschlag Lübke nicht zurückgezogen wird.

Ich hätte Ihnen einen Vorschlag zu machen, der nun keinem dieser beiden schwierigen Punkte begegnen würde. Ich wundere mich, warum er noch nicht gemacht worden ist. Ich schlage Herrn Etzel⁹⁰ vor. Er ist ein Mann, der für jedes Staatsamt qualifiziert ist und sicher auch für das höchste. Er ist in den letzten Wochen in vieler Beziehung genannt worden.⁹¹ Eine viel größere Gruppe in der Fraktion, als man annimmt, hätte sich diesen Gedanken sehr ernsthaft überlegt, wenn es dazu gekommen wäre. Ich habe jedenfalls zu diesem Kreis gehört. Ich möchte meinen, daß sein Name all die Eigenschaften, die so lobend über Herrn Lübke gesagt worden sind, in gleicher Weise auf sich vereinigt, und daß sein Charakter in der gleichen Weise für dieses Amt qualifiziert ist. Ich möchte auch glauben, daß er, wenn sich eine große Mehrheit für seine Nominierung fände, dieses Amt annimmt. Ich schlage ihn hiermit vor.

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Dr. Gerstenmaier.

90 Franz Etzel, seit 1957 CDU-MdB und Bundesminister der Finanzen. Im Tagebuch von Heinrich KRONE heißt es unter dem 15. Juni 1959: »Strauß steckt hinter diesem Vorschlag; Strauß denkt an 1961 und an sich als Kanzler.« Wie Anm. 15. »Der Spiegel« (wie Anm. 31) sprach von einem in der Mittagspause geplanten »Kommando-Unternehmen«, dessen Ziel es gewesen sei, die Ambitionen des Verteidigungsministers Franz Josef Strauß nicht erst auf die »übernächste Kanzlerschaft« zu beschränken. – Das Manöver der CSU-Vertreter spricht gegen die Vermutung von Alfred RAPP in der FAZ vom 15. Juni 1959, daß Adenauer bei seinem Aufenthalt in München (13./14. Juni; s. Anm. 26) mit der CSU-Führung »wichtige Vorbesprechungen« geführt habe.

91 Adenauer hatte Etzel als seinen Nachfolger im Kanzleramt vorgesehen und war von seiner Präsidentschaftskandidatur vor allem deswegen zurückgetreten, weil er ihn in der Unionsfraktion des Bundestags nicht gegen Erhard hatte durchsetzen können.

Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier: Das verändert die Situation. Ich bin darauf nicht vorbereitet, zu diesem Vorschlag etwas zu sagen; denn sonst müßte man von neuem anfangen, spazieren zu gehen. Ich habe das Gefühl, das ist eigentlich nicht nötig, mein lieber Freund Zimmermann, deshalb spazieren zu gehen. Als ich mich zum Wort gemeldet habe, beschäftigte ich mich mit der Deutschen Partei und mit der Frage, wie man über sie hinwegkommen könne. Es ist nicht klug – da stimme ich Herrn Blumenfeld zu –, daß wir einen so weitgehenden Beschluß unter eine geradezu auflösende Bedingung stellen, die der Deutschen Partei die Möglichkeit gibt, Widerreden zu gestatten, womit wir vor neue Situationen gestellt würden. Das halte ich nicht für möglich.

Dagegen würde ich zu erwägen bitten, ob wir unseren Freund Krone bitten könnten, einmal die Sache in die Hand zu nehmen, um mit Herrn Schneider oder Herrn von Merkatz – wenn auch nicht mit letzter Verbindlichkeit, so aber doch informativ – zu sprechen, damit sich die Leute rechtzeitig ins Vertrauen gezogen fühlen. Ich glaube, daß wir damit über die Hürde hinwegkommen werden. Es gibt sonst Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen, aber mit dieser Schwierigkeit wird unser vielgewandter Krone schon fertig werden. Das scheint mir das kleinere Übel zu sein.

Ich möchte also den Vorschlag machen, die Leute rechtzeitig ins Vertrauen zu ziehen, aber noch nicht von unserem Beschluß hier etwas zu sagen; das paßt nicht im Blick auf die Größenverhältnisse. Im übrigen hoffe ich, daß die Hamburger nun nicht so erschrocken sind, um dem Hamburger Gespräch nicht ins Auge zu sehen. Darüber können wir uns unterhalten. Ich wollte nur den Hamburgern in diesem Augenblick Trost zusprechen für den Fall, daß sie ihn brauchen. *(Heiterkeit.)*

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Ich würde nicht empfehlen, daß Herr Krone allein spricht mit zwei Leuten von der DP, sondern schlage vor, daß zwei Leute – ich will es gar nicht – von uns mit ihnen sprechen. Ich habe es mir so gedacht, daß zwei Leute aus unserer Mitte während der Mittagspause versuchen, mit der Deutschen Partei Fühlung aufzunehmen. Man sagt dann natürlich nicht – das ist so klar wie nur etwas –, wir wollen jetzt, ehe wir uns entscheiden, hören, was ihr tut, sondern man sagt: Herr Schneider hat neulich dem Bundeskanzler gesagt, die DP würde den Herrn Lübke nicht wählen. Wir gehen davon aus, daß das eine Meinung von Herrn Schneider gewesen ist, nehmen aber an, daß die DP, also auch die Fraktion, hinter dieser Meinung steht. –

So würde ich das Gespräch führen. Ich halte es für klug, das Gespräch aber so bald wie möglich zu führen. Sie glauben gar nicht – das muß ich jetzt unseren Herren von der Fraktion sagen –, wie oft gerade von seiten der DP mir gegenüber das Bedauern darüber geäußert worden ist, daß man sie zu spät ins Bild gesetzt hat, nämlich erst dann, wenn in der CDU/CSU-Fraktion alles erledigt war.

Wir sollten also mit ihr Fühlung aufnehmen; denn wir haben sie doch absolut nötig. Im Parlament haben wir sie nicht nötig, aber hier brauchen wir ihre Stimmen. Es fehlen uns doch einige [in der Bundesversammlung].

Ich würde also vorschlagen, wenn wir uns für Herrn Lübke entscheiden, daß Herr Krone, der mit der Deutschen Partei gutsteht – das darf keiner aus Niedersachsen sein –, und noch jemand das machen. *(Cillien: Herr Höcher! Es sind beides Föderalisten!)* Ja, der hat Verbindung. *(Heiterkeit!)*

Meine Herren! Wir sind doch nicht auf der Genfer Konferenz, wo man so peinlich genau sein muß. Es waren damals bei mir die Herren Hellwege, Schneider und von Merkatz. Ob sie nun für die DP oder für die Fraktion kamen, das weiß ich nicht,

ich habe auch nicht danach gefragt, und so, meine ich, machen wir das jetzt auch. Ich würde empfehlen, die Herren von Merkatz und Schneider hinzuzunehmen. (*Dr. Krone*: Wenn er da ist!) Das ist die Frage. Sonst würde ich empfehlen, zunächst einmal mit Herrn von Merkatz zu sprechen. Ich möchte gern die Sache überhaupt möglichst bald zum Ende bringen. Das sollten wir also versuchen. Daß bei der Deutschen Partei deswegen noch größerer Widerstand kommen wird, halte ich für ausgeschlossen. Aber weil er das gesagt hat und wir ihre Stimmen brauchen, ist es klug, vorher mit ihnen zu sprechen. Das Wort hat Frau Dr. Rehling.

Frau Dr. Rehling: Ich möchte noch einmal auf die Kandidatur Lübkes zu sprechen kommen. Ich habe dem nichts hinzuzufügen, was an Würdigung der Persönlichkeit des Herrn Lübke hier gesagt worden ist. Ich möchte mir nur erlauben, Sie daran zu erinnern, daß Frau Heuss, solange sie lebte, in hervorragender Weise ihren Mann in seinem Wirken unterstützte und die Basis seines Wirkens im deutschen Volk tief verbreitert hat.⁹²

Beide waren bei der Wahl im Jahre 1949 nur wenigen Menschen in der Bundesrepublik bekannt. Es war ein wirklich nicht sehr hoher Prozentsatz. Und es ist ihnen doch in vereinten Bemühungen gelungen, das Amt des Bundespräsidenten zu dem Ansehen zu bringen, das es jetzt in der Bevölkerung genießt. Ich kenne Frau Lübke; ich glaube, sie einigermaßen gut zu kennen. Ich darf wohl sagen, daß diese gute Entwicklung fortgesetzt würde, da auch Frau Lübke geeignet ist, ihrem Mann bei der Bewältigung seiner Aufgaben sehr zu helfen. Es ist gesagt worden, daß Herr Lübke nicht nur Minister für Landwirtschaft gewesen sei, sondern daß er sich auch sehr stark den Verbraucherinteressen gewidmet habe. Gerade diese Seite seiner Wirksamkeit hat ihm eine große Resonanz in den Kreisen der Hausfrauen gesichert. Das ist nun – wenn man etwa befürchten sollte, daß es an seiner Popularität noch etwas mangelt – ein günstiger Umstand. Ich glaube, das ist auch in der CDU immer gewertet worden, daß die Frauen zumindest zur Schaffung von public relations durchaus zu beachten sind.

Und nun noch ein Wort zur Deutschen Partei! Wenn dieser Gesichtspunkt von Herrn Schneider geltend gemacht werden soll, Herr Lübke habe zu scharfe Wahlreden geführt, dann könnte das den Eindruck erwecken, als wenn die Deutsche Partei Wahlkämpfe in Moll zu führen pflegte. (*Zuruf*: Sehr richtig!) Ich habe das immer nur am Rande erlebt bei den Einsätzen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Vielleicht wäre es ganz heilsam, den Unterhändlern von der DP, wenn sie dieses Geschütz in Stellung bringen, einmal zu sagen, was von ihrer Seite geleistet worden ist. Mir kommt gerade noch ins Gedächtnis, daß ein prominentes Mitglied der DP-Fraktion mit 38 000 CDU-Stimmen in den Bundestag gewählt wurde, daß aber gerade diesem DP-Mitglied von allen aus Niedersachsen bescheinigt worden ist, in welcher außerordentlich scharfer Weise er gegen die CDU polemisiert hat. Es wurde bereits gesagt, wenn Herr Lübke nun aus der Kampflinie verschwindet, so kann doch damit die Zustimmung der DP eigentlich nur erleichtert werden.

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Ich muß widersprechen! Ich würde es für unklug halten, bei diesem Gespräch nun die ganzen Wahlkampfgeschichten wieder aufzurollen. Es ist nach meiner Meinung richtiger, so vorzugehen, wie ich das eben bezüglich der Herren Schneider und von Merkatz gesagt habe. Wir sollten diese Dinge

92 Elly Heuss-Knapp (1881-1952), Gründerin des Müttergenesungswerks.

auseinanderhalten. Jetzt handelt es sich lediglich um die Frage: ist die DP bereit, dem von der CDU/CSU präsentierten Kandidaten ihre Stimme zu geben? – und um weiter nichts. Ich habe hinzugefügt, ich nähme an, daß sie das tun würden, weil wir uns weltanschaulich sehr nahestehen und weil wir alle die Jahre zusammengearbeitet haben. Was im Wahlkampf gesündigt worden ist, das machen wir später bei einer anderen Gelegenheit aus. Wenn wir uns mit der DP darüber unterhalten, was wird das Jahr 1961 bringen, dann werden wir uns darüber aussprechen. Aber um Gottes Willen nicht jetzt diesen leidigen Wahlkampf von Niedersachsen ins Gespräch bringen! Im übrigen kann ich das, was Frau Rehling über Frau Lübke gesagt hat, voll unterstützen.

Das Wort hat Herr Sieveking.

*Dr. Sieveking:*⁹³ Ich habe mich zum Wort gemeldet, um dem Herrn Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier und dem Herrn Bundeskanzler zu versichern, daß wir Hamburger nicht trostbedürftig sind. Aber was den Unmut anlangt, Herr Bundeskanzler, bin ich der Ansicht, daß man seine Meinung ohne Unmut austauschen kann. Wir sind sehr gern bereit, uns über unsere verschiedenen Auffassungen auseinanderzusetzen. Das wollte ich aber nur nebenbei sagen.

Ich möchte nun folgende Klarheit haben. Ich bin der Meinung, daß man mit der DP sprechen soll, weil wir die Empfindlichkeit der kleinen Partei kennen. Aber, meine Damen und Herren, wir müssen uns darüber klar sein, was wir tun. – Wir hoffen, daß es nicht eintrifft –, wenn wider Erwarten die DP-Herren sagen: nein, wir wählen Herrn Lübke nicht. – Wollen Sie dann auf die Kandidatur Lübkes verzichten? (*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Ich würde das zunächst nicht in Erwägung ziehen!) Man muß aber wissen, wenn man einen ersten Schritt tut, wie der zweite und der dritte aussieht. Wir können uns nicht davon abhängig machen. Ich hoffe, daß die Herren einverstanden sind, aber wir müssen uns darüber klar sein, daß wir ein Risiko eingehen, wenn sie nicht einverstanden sind. Will die DP denn für Carlo Schmid stimmen? (*Zuruf:* Für Becker!⁹⁴)

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich halte das für so unpolitisch wie nur möglich. Wenn wir uns jetzt darüber entscheiden: wenn die DP nein sagt, ist uns das wurscht, dann wissen sie das doch gleich. Lassen wir doch die Sache in ruhigem Tempo weitergehen. Unsere Leute setzen sich mit ihnen in Verbindung, und ich bin davon überzeugt, sie werden die Nachricht mitbringen, wir stimmen für Ihren Kandidaten.

Wenn wir aber jetzt beschließen: für den Fall, daß die DP Nein sagt, bleiben wir doch dabei, – dann wäre das nicht klug. Dazu haben wir heute nachmittag immer noch Zeit. Ich bin aber davon überzeugt, daß es dazu nicht kommen wird. (*Dr. Sieveking:* Ich hoffe es nicht!)

*Ministerpräsident Kiesinger:*⁹⁵ Ich meine auch, daß die Betrachtungsweise von Herrn Sieveking nicht richtig ist. Die DP will eben als Partnerin respektiert sein; sie will vorher gefragt sein. Ich glaube auch annehmen zu können, daß das Ergebnis eindeutig sein wird. Es wäre viel schlimmer, wenn wir sie nicht fragten; denn dann würde ein Widerstand von der DP hinterher kommen. Wir müssen sie fragen!

93 Kurt Sieveking, 1953-1957 Erster Bürgermeister in Hamburg.

94 Max Becker, FDP-MdB seit 1949, seit 1956 Vizepräsident des Bundestags, war Kandidat seiner Partei für die Wahl zum Bundespräsidenten.

95 Kurt Georg Kiesinger, seit 1958 Ministerpräsident von Baden-Württemberg.

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Es ist sehr wünschenswert, daß wir zu einer einmütigen oder einhelligen oder einstimmigen – das sind Nuancen, die ich in der letzten Zeit gelernt habe – Abstimmung bei der Nominierung kommen.

Darf ich fragen, ob jemand von Ihnen das Wort wünscht zu dem Vorschlag des Herrn Kollegen Zimmermann? Ich möchte nicht, daß Herr Etzel irgendwie Schaden leidet unter der ganzen Diskussion jetzt; das verdient er nicht. Er hat sich tatsächlich in den ganzen Wochen, die nunmehr hinter uns liegen, auch ausgezeichnet menschlich verhalten. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Es darf unter keinen Umständen irgendwie – es wird doch alles weitererzählt – hier etwas verletzend sein. Es bleibt noch übrig: legt Herr Zimmermann Wert darauf, daß sein Vorschlag jetzt weiter diskutiert wird? Das muß er entscheiden. (*Unruhe.*) Meine Herren! Lassen Sie ihn doch mal in Ruhe! Oder gibt er sich damit zufrieden, daß wir alle die Qualitäten des Herrn Kollegen Etzel anerkennen. (*Zuruf:* Das ist klar!) Ja, wir müssen vorsichtig sein und dürfen nicht sagen, er ist da unentbehrlich –, sonst sagt Herr Lübke, ich bin entbehrlich. – Ich würde sagen: restlose Anerkennung, daß es aber nach dem Verlauf der Dinge in den letzten Wochen wohl richtig wäre, wenn wir uns einem ganz neuen, bisher nicht viel genannten Herrn zugewendet hätten. (*Beifall.*)

Das Wort hat Herr Zimmermann.

Dr. Zimmermann: Ich habe diesen Vorschlag nicht gemacht, um Herrn Etzel abzuwerten; (*Bundeskanzler Dr. Adenauer:* Sie nicht, aber denken Sie an das Echo!) Ich habe den Vorschlag gemacht in einem positiven Sinn. In meinem Sinn liegt es keineswegs, daß Herr Etzel aus einer Diskussion oder gar aus einem Abstimmungsergebnis geschwächt oder jedenfalls nicht gestärkt hervorgeht. Das ist keinesfalls meine Absicht. Ich lege keinen Wert auf eine weitere Diskussion, wenn ich auch nicht einsehe, warum es nicht zwei Kandidaten geben sollte, wenn man abstimmt.

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Dann bleibt nur übrig eine Abstimmung über Herrn Lübke. Sind wir uns darüber klar, daß das geschieht, ohne daß darin irgendeine Minderbewertung eines der genannten Herren liegt? – (*Zustimmung!*) Dann können wir das ausdrücklich hinzusetzen. Ich würde Wert darauf legen, daß das ausdrücklich gesagt wird. Sollen wir nur über Herrn Lübke abstimmen? (*Zurufe:* Ja!) Dann bitte ich diejenigen von Ihnen, die für die Benennung des Herrn Lübke sind, eine Hand zu erheben. –

Ich bitte um die Gegenprobe! –

Soweit ich sehe, kann ich feststellen, daß er einmütig vorgeschlagen wird. (*Zurufe:* Enthaltungen?)

Wer enthält sich? (*Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier:* Ohne Gegenstimme bei einer Stimmenthaltung.)

Also: Ohne Gegenstimme bei einer Stimmenthaltung. (*Rosa:*⁹⁶ Es genügt doch, wenn feststeht, daß Herr Lübke ohne Gegenstimme vorgeschlagen wird.) Meine Herren! Es wurde doch verlangt, daß die Stimmenthaltung festgehalten wird. Dem können wir uns nicht entziehen. (*Zuruf:* Wir sagen: Einstimmig!) Das ist nicht einstimmig! (*Unruhe und Bewegung.*) Einstimmig oder einmütig? (*Anhaltende Unruhe und mehrere Zurufe:* Einstimmig, – einmütig, – eine Enthaltung. – *Rasner:* Ich würde sagen, einmütig ohne Gegenstimme bei einigen Enthaltungen!) Sollen wir es so feststellen?

96 Nicht ermittelt.

Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler! Zu den Worten, die wir bis auf weiteres nicht mehr in den Mund nehmen können, gehört das Wort: »einmütig«. Ich verstehe nicht, daß Herr Rasner so etwas vorschlägt, nachdem er in den letzten 6 Wochen unsere guten Beschlüsse verkaufen mußte, wofür er alle 14 Tage »verhauen« worden ist. Wir müssen präzise antworten. Es schadet nichts, wenn wir das sagen. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Der letzte Redner hat immer recht, Herr Rasner! (*Zurufe:* Auszählen – *Anhaltende Unruhe.*)

Meine Damen und Herren! Dann bitte ich diejenigen noch einmal die Hand zu erheben, die sich der Stimme enthalten wollen. – Das sind sieben. Ich bitte diejenigen, die für die Nominierung des Herrn Lübke sind, die Hand zu erheben. –

Und nun bitte ich diejenigen, die gegen seine Nominierung sind, um das Handzeichen. –

Können Sie das verkaufen, Herr Rasner? (*Rasner:* Alle haben gestimmt, und zwar sieben Enthaltungen, keine Gegenstimme!)

Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Es muß die positive Zahl gesagt werden, und zwar 58⁹⁷ dafür, und 7 haben sich enthalten. So ist es richtig.

Ministerpräsident Kiesinger: Mir ist bei der Geschichte nicht wohl. Es gibt Gelegenheiten, wo man solche Abstimmungsergebnisse wörtlich bekanntgibt. Aber diese Abstimmung wirkt hinaus; sie wirkt auch in die CDU-Wahlmänner [in der Bundesversammlung] hinein. Müssen wir dieses Wahlergebnis überhaupt bekanntgeben? Müssen wir in der Presse etwas sagen? Wir können doch sagen: das Gremium hat Herrn Lübke vorgeschlagen.

Mir ist nicht wohl, wenn wir dieses Ergebnis verkündigen. Das wäre psychologisch nicht gut. Wir sind auf jede einzelne Stimme angewiesen. Ich bitte Sie daher, sich die Sache noch einmal zu überlegen.

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Mir liegt daran, Herr Kiesinger, etwaige Fragen des Herrn Lübke zu beantworten.

Ministerpräsident Kiesinger: Für Herrn Lübke ist die Sache klar. Es handelt sich nur um die Weitergabe nach außen.

Bundesminister Lemmer: Bei Carlo Schmid hat es im Ausschuß der SPD zahlreiche Gegenstimmen und Enthaltungen gegeben, wie mir persönlich bekannt ist.⁹⁸ Kein Wort davon ist der Öffentlichkeit mitgeteilt worden. Die starke Wirkung war: die SPD schlägt Carlo Schmid vor. Wir sagen: wir schlagen Lübke vor. – Schluß, aus! Ich finde es für überflüssig, hier die Enthaltungen zu erwähnen.

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Wenn Sie damit einverstanden sind! Ich habe nichts anderes zu tun, als die Verhandlung hier zu leiten. Aber ich darf feststellen, daß ausdrücklich verlangt worden ist, daß eine Stimme sich enthalten hat. Jetzt sind es mehrere. (*Ministerpräsident Kiesinger:* Wir sagen nach außen einfach: Herr Lübke ist vorgeschlagen!) Was sollen wir der Öffentlichkeit mitteilen? (*Unruhe.* – *Zuruf:* Keine

97 Über die Zahl der Anwesenden vgl. Anm. 33.

98 Vgl. Franz SCHUSTERROTH und Dieter SCHUSTER, *Chronik der deutschen Sozialdemokratie*, Bd. 3, 2. Aufl., Berlin 1978, S. 224: Parteirat und Parteivorstand der SPD hätten am 12. Februar 1959 der SPD-Bundestagsfraktion einstimmig Carlo Schmid vorgeschlagen. So auch bei Carlo SCHMID, *Erinnerungen*, München 1979, S. 667.

Gegenstimme! – Weiterer *Zuruf*: Mit überwältigender Mehrheit ohne Gegenstimme für Lübke!)

Ministerpräsident Kiesinger: Herr Bundeskanzler! Ich sehe wirklich nicht ein, warum hier darauf bestanden wird, daß man in irgendeiner Weise das Wahlergebnis bekanntgibt. Herr Lemmer hat recht, es ist bei der SPD auch nicht gesagt worden, weil auch dort das Ergebnis nicht einstimmig war. Warum können wir denn nicht sagen: Wir schlagen Herrn Lübke vor. – Aus, fertig! Keinem Menschen sind wir Rechenschaft schuldig, welches Abstimmungsergebnis hier war. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Herr Gradl hat das Wort.

Dr. Gradl:⁹⁹ Lieber Freund Kiesinger! Ich bin anderer Ansicht! (*Ministerpräsident Kiesinger*: Jetzt kommen die Journalisten!) Nein, das hat mit Journalisten nichts zu tun! Es wird aber heute eine Pressekonferenz sein, und dort wird man die Frage stellen: wie ist denn gewählt worden? – Und dann müssen wir doch sagen, wie gewählt worden ist. Ich vermag nicht einzusehen – ich weiß auch nicht, welches Unglück dabei entstehen soll –, warum wir nicht sagen sollten: Keine Gegenstimme, einige Enthaltungen. – Was spielt das für eine Rolle? Schließlich sind wir doch eine demokratische Körperschaft. Das macht die Wahl doch echt. Ich bin dafür, (*lebhaft Unruhe*) daß wir hinausgehen und genau das sagen, was hier geschehen und gewesen ist. Wir haben keinen Anlaß, uns zu genieren. (*Anhaltende Unruhe und Bewegung*.)

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Scharnberg.

Scharnberg:¹⁰⁰ Ich möchte die Frage an die Herren der CSU richten: Können Sie sich nicht entschließen, auf Ihre Stimmenthaltung zu verzichten? Ich fürchte gerade aus dem Grund, weil diese Stimmenthaltungen von der CSU kommen, daß das auf die Zustimmung einer Reihe von Leuten der Deutschen Partei – und Herr Schneider kann nicht die Garantie dafür abgeben – wirken wird.

Deshalb richte ich diesen Appell an Sie! Dann kämen wir doch aus der ganzen Sache heraus. Was ist das denn für eine Bitterkeit, meine Herren, daß Sie sich der Stimme enthalten? Bitte stimmen Sie doch zu!

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Krone.

Dr. Krone: Ich bin eben bei den Herren¹⁰¹ gewesen und habe gefragt, ob sie sich mit ihrer Enthaltung gegen Herrn Lübke wendeten. Und da ist mir von einigen gesagt worden: Nein, aber die Frage ist heute gestellt gewesen, wer will sich enthalten. – Und nun glaube ich, die freie Entscheidung »wir sind für Lübke« ist durchaus den Herren noch gegeben. (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Gurk.

Dr. Gurk: Meine Herren! Wenn es möglich ist, stimmen Sie doch zu! Ich bin der Meinung, wir werden den peinlichen Fragen der Presse nicht entgehen können. Wir müssen andererseits damit rechnen, daß eine gewisse Minderheit auch in die Öffentlichkeit gehen wird; unter Umständen unsere eigenen Wahlmänner, die auf Grund dieses Wahlergebnisses eine innere Berechtigung dazu herauslesen. Also, meine Herren, geben Sie Ihrem Herzen einen Stoß, damit nicht eine nicht unbedeutende Minderheit Hoffnung schöpft auf eine innere Spaltung und Schwierigkeit. Das gilt nicht nur für die DP, sondern auch für unsere eigenen Wahlmänner.

⁹⁹ Johann Baptist Gradl, CDU-MdB seit 1957.

¹⁰⁰ Hugo Scharnberg, CDU-MdB seit 1949.

¹⁰¹ Offensichtlich gemeint: der CSU.

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Struve.

*Struve:*¹⁰² Es war so, daß gerade in dem Augenblick, als abgestimmt werden sollte, Herr Krone und Herr Höcherl draußen waren. Nicht zuletzt ist diese Abwesenheit auch mit ein Grund dafür, daß die Abstimmung nicht ganz klar geworden ist. Ich bin der Meinung, daß sich Herr Höcherl noch einmal mit seinen Freunden bespricht. Wir sollten nicht die Abstimmung wiederholen, sondern positiv fragen: Wer ist für Lübke? – Es wird sich herausstellen, daß wir alle für Lübke sind.

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Ehe ich Ihnen das Wort gebe, Herr Höcherl, lassen Sie mich noch – ich schließe mich auch ein – folgendes sagen: Machen wir doch nicht aus einer Mücke einen Elefanten. Das Ganze kommt mir allmählich komisch vor. Wenn die überwältigende Mehrheit für Herrn Lübke ist und sich einige der Stimme enthalten, dann kann doch kein Mensch, lieber Herr Gurk, annehmen, daß nun deswegen die Herren nicht richtig stimmen werden. Und schließlich gehört es doch – ich kann seit einigen Tagen das Wort »Demokratie« kaum noch ertragen, seitdem die Sozialdemokraten bei jeder Gelegenheit dieses Wort gebrauchen – zu einer demokratischen Abstimmung, daß jeder seinen Willen zum Ausdruck bringt.

Höcherl: Die Abstimmung ist geschehen. Ich kann dem Herrn Bundeskanzler nur beistimmen. Die überwältigende Mehrheit hat sich für Lübke ausgesprochen. Nach außen wird mitgeteilt: Unser Kandidat ist Herr Lübke! – Aus, amen! Das ist unser Vorschlag. Vorher ziehen wir uns noch einmal zurück. (*Unruhe und Bewegung.*)

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Meine Herren! Je mehr Sie in dem Brei rühren, desto mehr brennt er an. (*Frau Dr. Rehling:* Von hier aus ist es nicht genau zu übersehen, ob es nur die Herren der CSU waren, die sich der Stimme enthalten haben! *Zuruf:* Es waren nicht nur die Herren von der CSU. – *Frau Dr. Rehling:* Dann befürchte ich allerdings, daß die Journalisten aus diesen sieben Enthaltungen 7 CSU-Stimmen machen! – *Die Herren der CSU verlassen den Raum.*)

Wenn von den Journalisten bemerkt wird, daß sich die Herren zu einer Beratung zurückziehen, dann ist das für die Journalisten viel schlimmer als das, was wir hier sagen. Die Situation ist noch nicht geklärt. Die CSU hat Bedenken, die sich aber nicht – das möchte ich ausdrücklich betonen (ich bin darum gebeten worden, das zu sagen) – gegen Herrn Lübke als Person richten. Es ist gut, wenn wir eine Pause einlegen und in der Zwischenzeit vielleicht der eine oder andere mit den Herren von der CSU spricht, sonst sehe ich, daß zum Schluß wieder eine große Schlagzeile in der Presse erscheint.

(*Unterbrechung der Sitzung von 13 bis 14 Uhr.*)

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir wollen in unserer Sitzung fortfahren. Das Wort hat Herr Kollege Höcherl.

Höcherl: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Nachdem die beiden Kandidaturen Gerstenmaier und Krone durch ein klares Nein weggefallen waren, standen sich noch zwei Namen gegenüber, die wir auf jeden Fall als absolut gleichwertig betrachten. Die Abstimmung hat ergeben, daß eine überwältigende Mehrheit – wobei die CSU durchaus keine geschlossene Gruppe gebildet hat, wie vielleicht angenommen wird – für den Kollegen Lübke ist.

Es ist vollkommen klar, daß unter solchen Umständen, wenn ein Vorschlag Etzel kommt, diejenigen, die diesen Vorschlag gemacht haben, nun das mindeste tun, was

¹⁰² Detlev Struve, seit 1947 Vorsitzender des Bauernverbands Schleswig-Holstein, seit 1949 CDU-MdB.

möglich ist, nämlich sich der Stimme enthalten. Damit ist keine Kritik und überhaupt nichts verbunden. Wenn die Abstimmung anders gelaufen wäre und sich auch nur eine einzige Gegenstimme für einen der beiden Kandidaten ergeben hätte, wäre es eine Selbstverständlichkeit gewesen, daß wir geschlossen für den Mehrheitskandidaten gestimmt hätten. Daran gibt es überhaupt keinen Zweifel.

Ich darf anknüpfen an ein Wort des Kollegen Cillien, das an eine Situation oder an einen Tatbestand rührt, der mir außerordentlich bedeutungsvoll erscheint. Herr Cillien hat erklärt, daß bei der Besetzung der höchsten Staatsämter – ich nehme zwei heraus, ohne nach dem Protokoll zu gehen – durch die Arbeit der Union im ganzen Land die konfessionelle Relation abgebaut worden ist. Ich halte das für eine sehr zweckmäßige Feststellung, und zwar deshalb, weil wir sonst, wenn wir an dieser Relation festhielten, zu unserem Nachteil in eine Situation kämen, die dem Staate erheblichen Schaden zufügen könnte.

Wir möchten Ihnen einen Vorschlag dahingehend machen, daß das Gremium darüber einig wird, daß bei der Besetzung dieser beiden höchsten Staatsämter wir als Wahlmänner von dieser Relation, die bisher gegolten hat, absehen wollen, und daß wir draußen in unseren Gremien dafür arbeiten, daß eine solche Relation für diese beiden Positionen keine Geltung mehr haben soll.¹⁰³

Das wäre ein Fortschritt für uns, der auch in der Öffentlichkeit hervorragend aufgenommen würde. Vielleicht wäre das ein guter Beitrag. Selbstverständlich wären wir bei einem solchen Ergebnis bereit, ohne daß damit irgendein Junktim unanständiger Art verbunden sein soll, die Stimmenthaltungen zurückzunehmen. (*Beifall.*)

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Das Wort hat Herr Krone.

Dr. Krone: Ich freue mich zunächst, daß diejenigen, die sich der Stimme enthalten haben, entschlossen sind, der Kandidatur Lübkes zuzustimmen, so daß wir also auf breiter Front hier den Kollegen Lübke vorschlagen können zum Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten. Insofern begrüßen wir die Erklärung des Kollegen Höcherl.

Zum zweiten möchte ich sagen: Wir haben uns immer bemüht, nach sachlichen Gesichtspunkten die Entscheidung für alle Stellen zu treffen, insbesondere für die höchsten Stellen. Ich möchte den Vorschlag machen – der von dem Kollegen Cillien kommt –, daß wir sagen: Wir haben heute nach sachlichen Gesichtspunkten die Entscheidung getroffen; und wir werden auch in Zukunft nach den gleichen sachlichen Erwägungen an solche Fragen herangehen und dann die Entscheidung treffen. Einen anderen Weg scheint es mir nicht zu geben. (*Beifall.*)

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Herr Krone, das war wohl auch der Inhalt des Vorschlages von Herrn Höcherl? (*Dr. Krone:* Ja!)

Höcherl: Herr Bundeskanzler! Ich habe es nur pointierter zum Ausdruck gebracht, aber der Kern und der Sinngehalt ist derselbe. Zunächst drücken wir alle unsere Freude darüber aus, daß nun diese kleine Differenz, die da bestanden hat, die gar nicht sachlicher Natur war, weggeräumt ist.

¹⁰³ Aus der umfangreichen Niederschrift über die fünfstündige Sitzung hat ADENAUER (wie Anm. 2), S. 551, nur einen Satz zitiert: »Das Gremium einigte sich auf Minister Lübke, nachdem auf Wunsch der CSU in das Protokoll über diese Sitzung ein Passus aufgenommen wurde, nach dem konfessionelle Gründe bei der Wahl Lübkes keine Rolle gespielt hätten und auch bei künftigen Besetzungen hoher Staatsstellen keine konfessionellen Gesichtspunkte berücksichtigt werden sollten.«

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Herr Lübke ist benachrichtigt worden, und ich nehme an, daß er in Kürze hier im Hause sein wird, ohne daß er draußen die Wache der Journalisten zu passieren braucht. (*Heiterkeit.*) Man muß immer mehrere Ausgänge haben!¹⁰⁴ Es wäre noch die Frage, ob wir diese Feststellung, die die Herren Krone und Höcherl getroffen haben, irgendwie schriftlich niederlegen wollen. (*Zurufe:* Jawohl, ist wichtig!) Gut! Herr Schlarb, dann lesen Sie doch bitte die beiden Erklärungen noch einmal vor.

Schlarb: Herr Höcherl hat ausgeführt: [...] ¹⁰⁵ Herr Dr. Krone führte aus: [...] ¹⁰⁶ (*Höcherl:* Es wäre mir lieb, wenn wir an die Erklärung von Herrn Cillien in diesem Zusammenhang anknüpfen könnten, damit es keine Differenzierungen gibt! – *Zurufe:* Ist doch gesagt worden!)

Cillien: Ich könnte mir denken, daß wir der Presse sagen: Wir haben heute einstimmig so und so abgestimmt. Dabei hat die konfessionelle Frage absolut keine Rolle gespielt. Wir glauben, dabei auch ganz im Sinne der Öffentlichkeit und unseres Programms gehandelt zu haben. Wir werden in Zukunft genauso entscheiden.

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Sind Sie dafür, daß wir das so der Presse geben? (*Mehrere Zurufe:* Nein. nein!)

Höcherl: Ich möchte auf folgendes hinweisen. Nachdem diese Entscheidung gefallen ist, wird von der Presse die Frage nach der Konfession gestellt. Darauf sollten wir antworten – (*Erheblicher Widerspruch.*) Aber diese Frage wird kommen, meine Herren! (*Ministerpräsident Dr. Altmeyer:* Wir sollten es überhaupt nicht erwähnen!) Danach wird aber gefragt werden, Herr Ministerpräsident Altmeyer! Wir werden sagen: Wir haben diese Frage nach rein sachlichen Gesichtspunkten entschieden, und wir wollen in Zukunft genauso verfahren. Diese spezifische Frage wird aber doch gestellt werden.

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Nun muß ich ein Bedenken äußern. Wenn wir bei dieser Frage antworten: Wir haben bei dieser Frage allein aus sachlichen Gesichtspunkten entschieden, – (*Höcherl:* Nicht so!) dann schließt das doch in sich, daß wir das manchmal nicht tun! (*Zuruf:* Sehr richtig! – *Weiterer Zuruf:* Wie in der Vergangenheit, so in der Gegenwart und auch in der Zukunft, – *Bewegung und Unruhe.*)

Das Wort hat Herr Rasner.

Rasner: In der Pressekonferenz wird die Presse fragen, wie habt Ihr abgestimmt und wie war das Abstimmungsergebnis nach allen drei Kategorien, welche Motive haben dabei eine Rolle gespielt? Können Sie uns sagen, warum Herr Dr. Gerstenmaier nicht vorgeschlagen worden ist? – Wir werden antworten: Er hat erklärt, er tue es nicht. – Sie werden fragen: Warum nicht Herr Dr. Krone? – Antwort: Er hat gesagt, er tue es nicht. – Dann werden sie fragen: Sind andere Namen genannt worden oder haben konfessionelle Erwägungen eine Rolle gespielt. Wir werden sagen: sie haben keine Rolle gespielt, und sie werden auch in Zukunft bei der Besetzung der entscheidenden Staatsämter keine Rolle spielen. – Damit ist wohl die Pressefragerei auf diesem Gebiet abgetan.

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Müssen Sie denn jede Frage eines Journalisten

104 Gegen 14.45 Uhr betrat Lübke das Palais Schaumburg durch einen Nebeneingang.

105 Es folgen wörtlich Höcherls Ausführungen (vgl. S. 275).

106 Es folgen wörtlich die Äußerungen Krones (vgl. S. 275).

beantwortet? (*Rasner*: Nein, Herr Bundeskanzler!) Das würde ich auch nicht tun. Aber wenn Sie danach gefragt werden, dann antworten Sie mit dieser Erklärung.

Herr Kollege Krone spricht eben telefonisch mit Herrn Schneider, Bremerhaven.

Ministerpräsident von Hassel: [...] ¹⁰⁷

Dr. Krone: Ich habe vorhin mit Herrn von Merkatz und eben mit Herrn Schneider gesprochen und beide Herren informiert. Ich habe ihnen gesagt, daß hier in aller Breite auch über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit den drei Herren von der DP gesprochen worden ist. Wir hätten uns aus großen Gesichtspunkten heraus für die Kandidatur des Kollegen Lübke entschieden. Man hat das durchaus ordentlich zur Kenntnis genommen. Herr Schneider sagte, aber Herr Lübke hat uns scharf angegriffen. Von dem anderen Herrn weiß ich, daß schon eine Umkehrung bei ihm eingetreten ist, ich nehme an, das wird auch langsam bei beiden der Fall sein. ¹⁰⁸

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Sollen wir noch einmal abstimmen? (*Allgemeine lebhafter Zustimmung*.) Damit geben wir unserem Zusammensein einen guten Abschluß. Dann bitte ich diejenigen Mitglieder dieses Wahlmännergremiums, die dafür sind, daß der Bundesversammlung Herr Bundesminister Dr. Lübke als Kandidat für die Wahl zum Bundespräsidenten vorgeschlagen wird, eine Hand zu erheben. Ich stelle fest, daß das einstimmig ist.

Ich danke Ihnen sehr, meine Damen und Herren, für die Einmütigkeit, die hier bekundet worden ist und die durchaus im Interesse des Staates liegt, aber auch im Interesse unserer beiden Parteien, sowohl der CDU wie der CSU. Wir haben uns doch wieder zurecht gefunden auf unserem gemeinsamen Boden. (*Lebhafter Beifall*.)

Darf ich fragen, ob Herr Lübke nun da ist? (*Staatssekretär Dr. Globke*: Ja, ich werde ihn hereinbitten.)

Das Wort hat Herr Rasner.

Rasner: Die Presse scheint schon etwas zu wissen. Ich bin gerade angerufen worden. Ich habe gesagt, daß die Abstimmung einstimmig war. ¹⁰⁹ Für die Pres-

¹⁰⁷ Der stellvertretende CDU-Vorsitzende nutzte die Diskussionspause, um mit anderen Landesvorsitzenden der CDU einen Sitzungstermin zu vereinbaren. Anschließend erörterte Adenauer eine Terminfrage mit den anwesenden Ministerpräsidenten.

¹⁰⁸ In der FR vom 16. Juni 1959 heißt es, von Merkatz und Schneider hätten eine Unterstützung Lübkes »nicht zugesagt«. Nach dem Bericht des »Spiegel« (wie Anm. 31) hat Schneider die telefonische Mitteilung Krones zur Kenntnis genommen und erklärt, sich alle Schritte vorbehalten zu müssen; von Hassel habe jedoch dem Gremium das Telefonat als »fruchtbares Gespräch mit den Koalitionsfreunden« über die Kandidatur Lübkes dargestellt. Lübke ging offensichtlich in einer Kabinettsitzung am 18. Juni 1959 von einer Unterstützung durch die DP aus. Nach einer stichwortartigen Mitschrift von Merkatz'. ACDP, I-148-04/2. Am gleichen Tage verhandelte Schneider mit Krone über die Bedingungen, unter denen die DP in der Bundesversammlung gleichwohl für Lübke stimmen könne (Änderung des Wahlgesetzes vor der Bundestagswahl von 1961). »Stuttgarter Zeitung« 19. Juni 1959.

¹⁰⁹ Im »Spiegel« (wie Anm. 31) heißt es, bei der ersten Abstimmung habe es »im bayrischen Lager« neun bis zehn Enthaltungen gegeben. Um diesen »fatalen Eindruck zu verwischen und Eintracht zu demonstrieren«, sei beschlossen worden, noch einmal zu wählen und den ersten Wahlgang der Öffentlichkeit zu verschweigen. Beim zweiten Wahlgang (»einstimmig«) habe die CSU erst zugestimmt, nachdem die »widerborstigen Bayern« unter dem »betretenen Schweigen« ihrer Kollegen zu Protokoll gegeben hätten, daß auch in Zukunft die Konfessionsfrage keine Rolle spielen dürfe. Adenauer habe am folgenden Tage in einer Kabinettsitzung (s. die vorige Anm.) von einer »Probeabstimmung« gesprochen.

sekonferenz würden die Dinge wirklich erleichtert, wenn Sie auch die Gegenprobe durchführten.

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Wenn Sie als unser Sprecher sagen: »Er ist einstimmig gewählt worden«, ist es doch klar. Wenn gefragt wird, ist eine Gegenprobe gewesen, würde ich sagen: Nein. (*Bundesminister Lemmer:* Es ist überhaupt kein Widerspruch gewesen. – *Zuruf:* Hier sitzen doch Männer, aber keine Memmen. – Weitere *Zurufe:* Sehr richtig! – Unruhe. – Weiterer *Zuruf:* Herr Bundeskanzler! Man kann auch anders abstimmen und sagen, wer dafür ist, möge ohne Zeichen bleiben. – Unruhe und Bewegung. – *Zuruf:* Schluß jetzt!) Ich muß das nun wirklich ablehnen!

(*Bundesminister Dr. Lübke erscheint; er wird mit starkem Beifall begrüßt.*)

Lieber Herr Lübke! Das hier versammelte Wahlgremium der CDU/CSU hat nach einer sehr sachlichen und sehr ruhigen Aussprache einmütig beschlossen, Sie der Bundesversammlung als Kandidaten für die Wahl zum Bundespräsidenten vorzuschlagen.

Ich darf Sie bitten, obgleich ich Ihr Ausscheiden aus dem Kabinett – das muß ich Ihnen jetzt doch sagen – mit einem sehr nassen Auge sehe, daß Sie diesem einmütigen Beschluß nachkommen und sich bereiterklären, diese Wahl anzunehmen. Ich glaube, daß gerade Ihre Person, Herr Lübke, besonders dazu geeignet ist, nach all den Irrungen und Wirrungen, die wir zum Teil nicht verschuldet haben, dem Amte des Staatsoberhauptes die Würde und Festigkeit zu geben, die unser junger Staat absolut notwendig hat. (*Dr. Krone:* »Einstimmig«, Herr Bundeskanzler, Sie haben »einmütig« gesagt.) – Nun glaubte ich, etwas nett gesprochen zu haben, und da werde ich nun korrigiert, ich hätte »einmütig« gesagt. (*Dr. Krone:* Es war einstimmig! Sie hatten »einmütig« gesagt!) – Ich sage ja gerade, ich habe »einmütig« gesagt. Das ist meines Erachtens auch einmütig. Es stimmt manchmal einer wider Willen, aber wenn es einmütig ist, dann ist eine gemeinsame Einstimmigkeit vorhanden. Aber wenn Sie das wollen, wollen wir korrekt sein und sagen: daß wir Sie einstimmig und einmütig zum Kandidaten gewählt haben. Ich bitte Sie, diese Kandidatur anzunehmen.

Bundesminister Dr. Lübke: Herr Bundeskanzler! Meine lieben Parteifreunde! Ihre Beratung heute hat mich vor ein schweres politisches und persönliches Problem gestellt. Wenn mich früher Freunde darauf ansprachen, dann habe ich immer wieder geantwortet: Ich bin ganz sicher, daß ich für die Übernahme eines so hohen Amtes nicht zugeschnitten bin. Ich bin in der Lage, aktiv für eine bestimmte Sache zu arbeiten und mich einzusetzen, aber ein so hohes Amt zu repräsentieren – ich meine jetzt nicht nur repräsentieren – wie dieses, nämlich das höchste Amt in Deutschland, – da hätte ich lieber gesehen, Sie hätten einen Würdigeren gefunden als mich.

Ich habe dann aber den anderen gegenüber den Standpunkt vertreten, wenn jemand in voller Übereinstimmung, einstimmig und einmütig, von dem Wahlmännergremium vorgeschlagen wird, dann ist er in dieser Situation des Amtes wegen verpflichtet, es anzunehmen. Ich bin nun in dieser Lage und stelle mich genau in dieselbe Situation, in der ich den anderen gegenüber verlangt habe, Sie hätten Ja zu sagen, und ich sage deshalb auch Ja. (*Sehr starker Beifall.*)

Ich setze dabei voraus, meine lieben Freunde, daß Sie mir alle dabei helfen, aber nicht bloß, damit sich nun alles gut abwickelt, bis die Wahl vorbei ist, sondern auch weiterhin. Diese Bitte richte ich besonders an den Herrn Bundeskanzler. Als vor nunmehr fast sechs Jahren im Oktober der Herr Bundeskanzler mit mir über die Übernahme des Amtes als Minister für Ernährung und Landwirtschaft sprach, da habe ich ihm in etwa damit abraten wollen, daß ich ihm sagte: Das wird für Sie eine

teure Sache werden. – Daraufhin hat er mir erklärt: ich werde Sie unterstützen. – Er hat dieses Wort bis heute redlich gehalten. Dafür danke ich Ihnen auch heute noch, Herr Bundeskanzler! Ich habe die Hoffnung, daß die Bitte, die ich an Sie alle, besonders an Sie, Herr Bundeskanzler, richte, erfüllt werden wird. In diesem Sinne des absoluten Einigehens will ich diesen schweren Schritt tun. (*Lebhafter Beifall.*)

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Ich danke Ihnen sehr für die Worte, die Sie eben gesprochen haben. Ich kann Ihnen in unser aller Namen, gleichgültig wo wir stehen, das eine versprechen, daß wir treu mit Ihnen zusammenarbeiten werden zu unserem allgemeinen Besten und zum Besten des deutschen Volkes. (*Starker Beifall.*)

Das Wort hat Herr Bausch.

Bausch: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe noch ein großes Anliegen auf dem Herzen, und ich wäre Ihnen dankbar, wenn ich diesem Anliegen hier Ausdruck geben dürfte. Wir haben zum Eingang unserer Beratung sehr kurz über die Vergangenheit gesprochen. Ich war sehr unglücklich darüber, daß diese Aussprache über die Vergangenheit nicht etwas gründlicher erfolgen konnte.

Wir haben jetzt einen Schritt in die Zukunft gemacht, den ich sehr begrüße. Aber ich glaube nicht, daß man mit der Zukunft fertig werden kann, wenn man nicht die Vergangenheit bereinigt hat. Ich glaube nicht, daß die Bereinigung der Vergangenheit so erfolgt ist, daß wir völlig freie Bahn in die Zukunft haben. Die Vorgänge der Vergangenheit haben unserer Partei schwere Wunden geschlagen. Darüber dürfen wir uns in keinem Augenblick täuschen. Die Dinge sind noch längst nicht genügend abgeklärt. Darum habe ich zwei Bitten: Erstens möchte ich den Herrn Bundeskanzler herzlich bitten, sich doch dazu zu entschließen, vor das Volk zu treten und an das Mikrophon zu gehen, um unserem Volk eine Aufklärung und eine Begründung für seine letzte Entscheidung zu geben. Sie haben, Herr Bundeskanzler, bei der ersten Entscheidung diese Erklärung vor dem Volk am Rundfunk abgegeben.¹¹⁰ Es wäre sehr gut, wenn Sie das auch jetzt täten. Ich möchte herzlich bitten, das zu überlegen.

Ein zweites! Ich habe ganz entschieden den Eindruck, daß viele Dinge innerhalb unserer Partei noch nicht so abgeklärt sind, wie sie eben abgeklärt werden müssen, damit wir den Weg in die Zukunft finden können. Ich habe ganz entschieden den Eindruck, daß es in unserer Partei im Laufe der letzten Jahre zu einer Verschiebung in der Rangordnung der Werte gekommen ist, und diese Verschiebung in der Rangordnung der Werte, die muß irgendwie wieder zurechtgerückt werden. Und dabei mitzuwirken, dazu sind wir alle berufen.

Als ich hierher kam, habe ich zu einigen Freunden gesagt: Ich habe den Eindruck, daß wir in der Vergangenheit oft geschwiegen haben, wo wir hätten reden müssen. Und ich meine, wir müssen nun wirklich eifrig und mit Hingabe darangehen, die ungeklärten Dinge in unserer Partei abzuklären. Das kann nicht jetzt hier geschehen, aber es muß in einem kleineren Kreis innerhalb unserer Partei geschehen. Nur dann werden wir mit den Dingen fertig werden.

Ich möchte Sie alle sehr herzlich darum bitten, den Ernst der Lage zu sehen und mitzuhelfen, damit diese Bereinigung der Vergangenheit wirklich gründlich und so erfolgen kann, daß wir mit unserer Partei, die sich nun einmal christlich nennt – und an diesem Bekenntnis wollen wir festhalten –, vor dem Herrn beider Kirchen wirklich in Ehren bestehen können.

¹¹⁰ Am 8. April 1959. Vgl. *Archiv der Gegenwart*, Bonn 1959, S. 7644 f.

Bundeskanzler Dr. Adenauer: Meine verehrten Damen und Herren! Herr Bausch hat uns zwei Gedanken vorgetragen. Lassen Sie mich zunächst den letzten nehmen: die Verschiebung der Rangordnung der Werte, – so haben Sie gesagt. Ich stimme Ihnen darin zu, daß wir die Hierarchie – lassen Sie mich es einmal so ausdrücken – wiederherstellen müssen, wie sie von Anfang an gewesen ist, die im Laufe der Jahre zwar nicht verlassen, aber vielleicht doch etwas verwischt worden ist. Ich bin der tiefen Überzeugung, daß unsere Partei nur dann die ungeheuer große Verantwortung, die sie hat – darüber möchte ich gleich noch ein Wort sagen –, wirklich tragen kann, wenn die Hierarchie der Werte wiederhergestellt ist, so wie sie früher auch war, und klar und deutlich herausgestellt wird. Diese Verantwortung, die wir als deutsche christliche Partei haben, teilen wir mit den Italienern, mit den Franzosen und mit den Europäern überhaupt. Aber wir sind die Stärksten, und wir sind die Regierungspartei in der Bundesrepublik, die ein starkes Land im Laufe der Zeit geworden ist. Daher haben wir eine sehr große Verantwortung, gerade durch die Wiederherstellung der Hierarchie der Werte dieses Europa zu retten und in diesem Europa uns und den uns verwandten Parteien die Führung zu geben, die uns allein befähigt, gegenüber der atheistischen Diktatur des Ostens zu bestehen und unser Land, Europa und die Welt zu retten. Darin stimme ich völlig mit Ihnen überein. Ich sagte heute morgen schon, als wir auf dem Rasen dort waren, daß mich dieser Gedanke seit langer Zeit sehr bewegt.

Mit dem anderen Gedanken, über den Rundfunk zur Bevölkerung über das zu sprechen, was sich in den vergangenen sechs Wochen ereignet hat, kann ich mich einstweilen noch nicht befreunden. Ich bin der Auffassung, meine Damen und Herren, daß die Zeit auch hier sehr vieles abklären wird, aber daß man neue Gefahr läuft, wenn man jetzt spricht, wieder Gedanken wach- und auf den Plan zu rufen, die ja diese einstimmige und einmütige Wahl heute weithin verscheucht und vertrieben hat.

Aber ich will Ihnen etwas anderes sagen: Wir wollen uns hier nichts weismachen gegenseitig. Sie meinen Differenzen zwischen Herrn Erhard und mir. Ich habe Herrn Erhard Ende der vergangenen Woche gesagt: Sobald etwas Ruhe eingetreten ist, möchte ich mit Ihnen eine persönliche Aussprache haben über alles das, was sich ereignet hat. Er hat mir zugestimmt. Diese persönliche Aussprache ist auch notwendig. Darin haben Sie vollkommen recht. Diese persönliche Aussprache wird von mir, sobald das irgendwie möglich ist, herbeigeführt werden. Wenn ich sage, sobald das irgendwie möglich ist, will ich damit nicht irgendwie das, was ich vorher gesagt habe – daß sie herbeigeführt werden muß –, etwa vernebeln, sondern man muß mir glauben, daß ich den ersten psychologisch geeigneten Zeitpunkt dazu benutze. Ich bin psychologisch sehr leicht ansprechbar. Es sind nicht alle so leicht psychologisch ansprechbar. Sobald ich also sehe, daß psychologisch eine Ansprechbarkeit da ist, werde ich diese Aussprache herbeiführen.¹¹¹

Damit darf ich nochmals mit herzlichem Dank unser Zusammensein schließen. Ich möchte Herrn Lübke nochmals von Herzen danken. Ich weiß, welch schweres Amt er nun übernehmen soll. – Die Sitzung ist geschlossen.

¹¹¹ Anstelle einer klärenden Aussprache kam es in den folgenden Tagen zu erneuten heftigen Auseinandersetzungen zwischen Adenauer und Erhard. Vgl. D. KOERFER (wie Anm. 4), S. 348 f.

Fazit

Bilanziert man Verlauf und Ergebnis der nahezu fünfstündigen Beratungen, so bleibt festzuhalten:

1. Der »Kurverein« entschied sich für Lübke erst, nachdem Gerstenmaier, der allgemein als »erste Wahl« galt, und Krone definitiv auf eine Nominierung verzichtet hatten. Die Entscheidung zugunsten von Lübke ist keineswegs mehr oder weniger »nebenbei« gefallen, sondern nach langen Debatten.

2. Evangelische CDU-Politiker aus Norddeutschland hatten die Nominierung Lübkes schon seit Februar 1959 favorisiert. Angesichts der strukturell ungelösten Konfessionsproblematik der Union erschien es ihnen opportun, durch die Wahl eines Katholiken zum Bundespräsidenten die Chancen für die Wahl eines evangelischen Kandidaten zum nächsten Bundeskanzler zu verbessern.

3. Aus dem gleichen Motiv nominierten am 15. Juni 1959 CSU-Vertreter überraschend Bundesfinanzminister Etzel. Für ihren Verzicht auf diesen Vorschlag erreichten sie eine Vereinbarung, nach der künftig bei der Besetzung der höchsten Staatsämter die Konfession keine Rolle (mehr) spielen sollte.

4. Offensichtlich hat sich Adenauer nach seiner Kehrtwendung vom 4./5. Juni 1959 für eine Nominierung Lübkes entschieden und daraufhin im Alleingang den Minister in die Pflicht genommen. Gleichwohl war der Bundeskanzler nicht derart auf Lübke festgelegt, daß die Nominierung eines anderen Unionspolitikers eine persönliche Niederlage bedeutet hätte. Im Verlauf der Beratungen trat Adenauer – allerdings durch die Sitzungsleitung neutralisiert – für seinen Kandidaten erst ein, nachdem der Verzicht Gerstenmaiers feststand.

5. Erstaunlich bleibt der Streit- und Zeitaufwand zur Klärung der Frage, ob, wann, und wie die Spitzenpolitiker der Deutschen Partei über die Wahl Lübkes informiert werden sollten. Dieser Schmusekurs erklärt sich aus der Befürchtung, bei einer Verstimmung der DP in der Bundesversammlung am 1. Juli 1959 nicht aus deren Reihen diejenigen Stimmen zu erhalten, die den Unionsparteien zur absoluten Mehrheit fehlten.¹¹²

6. Ein Urteil über die Qualifikation Lübkes darf nicht aus der Retrospektive seiner beiden letzten, von Altersbeschwerden geprägten Jahre als Bundespräsident (1967-1969) gefällt werden. Im Sommer 1959 war der seit 1953 amtierende Landwirtschaftsminister neben Ludwig Erhard der erfolgreichste Ressortchef der Bundesregierung.

¹¹² Die Bundesversammlung, die Bundestagspräsident Gerstenmaier am 19. Juni 1959 zum 1. Juli 1959 nach Berlin einberief, zählte Delegierte folgender Parteien: CDU und CSU 517, SPD 386, FDP 82, DP 24, BP 6, GB-BHE 20 und Demokratische Partei Saar 3, zusammen 1 038. Lübke wurde im zweiten Wahlgang mit 526 Stimmen gewählt.

